

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für West-Deutschland 1,50 M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,50 M. Für Vorkauf nehmen sämtliche Volkshaus-Verlegungen entgegen. Unter Erreisensbezogen für Deutschland und Österreich 1,50 M., für das übrige Ausland 2,50 M., zuzüglich Porto-Aufschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 30,- M., Verabreiter, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 56b.

Die achtzehnjährigen Kampferfreizeite über Herrn Kamm Nr. 1.- M. einschließlich Erwerbszulage. Keine Anzeigen: Das Freitagblatt West 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbszulage. Sonntagsblätter und Zeitungsblätter in Wort-Anzeigen: das Freitagblatt West 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M., Sonntagsblätter: das Freitagblatt West 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M., Sonntagsblätter: das Freitagblatt West 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M., Sonntagsblätter: das Freitagblatt West 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M.

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die Partei!

Genossen und Genossinnen!

Die Wahlen zum preussischen Landtag sind vollzogen. Ihr Resultat hat uns nicht überrascht; die Zerstückelungsarbeit der Kommunisten hat bewirkt, was alle Anstrengungen der Feinde des Proletariats niemals hätten zuwege bringen können: die monarchistische Reaktion ist durch die Preußenwahlen gestärkt worden. Sie kann triumphieren. Die revolutionäre Arbeiterschaft ist geschwächt worden. Große Teile der Arbeiterschaft haben sich abseits gestellt.

Der Termin der preussischen Wahlen war für die U. S. P. D. besonders ungünstig. Nach der Spaltung der Partei hatten wir unsere Organisationen noch nicht völlig wieder aufbauen, unsere Presse noch nicht wieder auf die alte Höhe bringen können. Wir hatten gegen uns die geschlossene reaktionäre Masse der Bourgeoisie mit ihren unerschöpflichen Geldquellen. Wir hatten gegen uns die alte sozialdemokratische Partei, die immer noch von Millionen deutscher Arbeiter für eine wirkliche sozialistische Partei gehalten wird. Wir hatten gegen uns die kommunistische Partei, die ihren Kampf vornehmlich gegen uns und nicht gegen die Bourgeoisie richtete. So wurden wir von allen Seiten herant. Wenn wir trotzdem über eine Million Wähler und Wählerinnen in Preußen aufrechten konnten, so zeigt das, daß weite Teile des Proletariats zu uns halten. Wir stehen fest, trotz aller Stürme, die uns umbrausen.

Wir sind die alten geblieben, die während des Krieges mit revolutionärer Tat den Krieg bekämpften. Wir sind dieselben geblieben, die planmäßig und zielbewußt unter den Schreien des Krieges die Revolution vorbereiteten. Wir sind die Soldaten der Revolution, die in allen revolutionären Kämpfen der letzten Jahre an erster Stelle standen und Leben und Blut für den revolutionären Sozialismus opferten. Für die sozialistische Revolution kämpfen wir auch weiter.

Nach wie vor gilt unser Kampf der Bourgeoisie. Getreu unserem Leipziger Aktionsprogramm sehen wir auch weiterhin als geschichtliche Aufgabe der U. S. P. D. an, dem revolutionären Proletariat in seinem Kampf für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein.

Der Abzug der Amerikaner

tion nicht nur mit den Demokraten und dem Zentrum, sondern auch mit der monarchistischen Stinnes-Partei. Die U. S. P. D. entwickelt sich nicht nach links, sondern nach rechts. Dieser Partei, die immer weiter an der formalen Demokratie festhält, und die Diktatur des Proletariats ablehnt, dieser Partei, die sich immer mehr von den bürgerlichen Parteien umstricken läßt, dieser in immer höherem Maße verbürgerlichten Partei darf ein klassenbewußtes Proletariat kein Vertrauen entgegenbringen. Die Arbeiter aber, welche immer noch in den Reihen der U. S. P. D. kämpfen, müssen wir aufklären und für uns gewinnen.

Von den Kommunisten trennt uns, daß sie mit täglich wechselnden Parolen populistische Bewegungen entfachen, die einheitliche revolutionäre Aktion zur Durchführung des Sozialismus dadurch aber nur stören. Sie haben — völlig abhängig von Moskau — für die Möglichkeiten des in Deutschland zu führenden Klassenkampfes keinen Blick mehr und verleiten ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Augenblicks das Proletariat zu Aktionen, die von vornherein aussichtslos sind und nur mit blutigen Niederlagen der Arbeiterschaft enden können.

Parteiorganisationen und Genossinnen! Neue Kämpfe und schwere Kämpfe stehen uns bevor. Benutzen wir die Atempause des Augenblicks zur Arbeit für den revolutionären Sozialismus, für die U. S. P. D.!

Es gilt, jetzt vor allem unabhängig zu arbeiten für den Wiederaufbau und Ausbau unserer Parteiorganisationen, für die Ausbreitung unserer Parteipresse. Im kleinsten Ort müssen wir aktionsbereite Organisationen schaffen. Bis in die letzte Gasse müssen unsere Parteiblätter dringen.

Es gilt, in alle Machtpositionen der Bourgeoisie einzudringen. In Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat und Reich müssen unsere Vertreter im Sinne unseres Programms für das Proletariat arbeiten.

Es gilt, in den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen für die Ideen unserer Partei zu wirken und diese Organisationen vor der Zertrümmerung zu schützen.

Es gilt, der kapitalistischen Verelendung und Verflämung der Arbeiterschaft mit aller Kraft entgegenzuwirken.

Es gilt, die monarchistische Reaktion auf allen Gebieten des staatlichen Lebens zu bekämpfen.

Es gilt, alle Kräfte des Proletariats unter den Fahnen der U. S. P. D. zu sammeln, um endlich den Sozialismus zu erkämpfen.

Es lebe der revolutionäre Sozialismus!
Es lebe die U. S. P. D.!

Berlin, den 24. Februar 1921.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die deutsche Delegation für London

Die zur Londoner Konferenz fahrende deutsche Delegation wird aus dem Reichsminister des Aeußern Dr. Simons und 7 beigeordneten Delegierten bestehen. Diese sind: vom Auswärtigen Amt die Ministerialdirektoren Dr. Goepfert und von Simons, vom Reichsfinanzministerium die Staatssekretäre Dr. Schröder und Dr. Bergmann, vom Reichsministerium des Innern Staatssekretär Dr. Dewald, vom Reichswehrministerium General von Seeck und vom Reichswirtschaftsministerium Ministerialdirektor von Le Suire. Außerdem werden die Delegation etwa 25 höhere Beamte der beteiligten Reichsressorts, sowie ein Sondervertreter Preußens und Bayerns begleiten. Das Bureau der Delegation besteht aus etwa 20 Personen.

Die deutschen Gegenvorschläge

In den Ausschüssen der Sachverständigen ist eine Einigkeit erzielt worden. Doch wird heute und morgen die Reichsregierung endgültig die Gegenvorschläge beschließen, sie dann nochmals dem Sachverständigen-Ausschuss vorlegen und am Sonnabend den Ausschuss des Reichstages und die Vertreter der Parteien in die Gedankengänge der deutschen Gegenvorschläge einweisen.

Die amerikanische Entscheidung der amerikanischen Regierung bekanntgegeben hat, die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein abzurufen. Im Ministerium des Aeußern in Paris war bis gestern Abend keine ähnliche Notifikation eingetroffen.

Die Orientkonferenz

CC. London, 24. Februar.

Die heutige Sitzung der Londoner Konferenz begann angesichts des Umstandes, daß der Großvezir Tewfik Pascha bettlägerig ist, mit einer Rede Ohman Nizami Paschas. Er sprach über die Frage von Smyrna und Thrazien. Die Dardanellen-Frage kam nicht zur Sprache. Um 11 Uhr 50 Minuten verließ die türkische Abordnung den Sitzungssaal. Um 1 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen, nachdem der griechische Ministerpräsident Kalogeropoulos die von der türkischen Abordnung vorgelegten ethnographischen Statistiken zur Kenntnis genommen hatte. Kalogeropoulos wurde eingeladen, am Nachmittag in der ethnographischen Frage jene Ziffern bekanntzugeben, die er für richtig hält. Die von der Türkei vorgelegten Statistiken über Thrazien, die europäische und die asiatische Türkei haben vollkommen französischen Ursprung.

Deutsch-bulgarische Wirtschaftsbeziehungen. Durch Notenaustausch, der am 19. Februar in Sofia stattgefunden hat, haben sich Deutschland und Bulgarien zunächst bis zum 9. August 1921 gegenseitig das Recht der Meistbegünstigung in allen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zugesprochen. Dementsprechend sind die bulgarischen Zollbehörden bereits am 21. Februar telegraphisch angewiesen worden, nunmehr deutsche Waren bei Festlegung ordnungsmäßiger Ursprungszeugnisse als meistbegünstigte zu behandeln. Die Ursprungszeugnisse können wahlweise von deutschen Handelsstammern oder Zollämtern und von den bulgarischen Konsulaten in Deutschland ausgestellt werden.

Seltene Regierungskunst

Der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, hat gestern vormittag seine rednerische Rundreise durch Deutschland, die der Bekämpfung der Ententeforderungen dienen sollte, mit einem Vortrage im Reichswirtschaftsrat beendet. Daß er sich diese belanglose Körperschaft ausgesucht hat, um seinen Schlusßeffekt anzubringen, diese Körperschaft, die sich annaht, eine „Kammer der Arbeit“ zu sein und doch nichts anderes ist als eine Interessenvertretung des deutschen Unternehmertums, das kennzeichnet den Geist, der durch unsere Regierungskunst weht.

Es verlohnt nicht, auf die Ausführungen des Außenministers, soweit sie die wirtschaftlichen Fragen betreffen, bei dieser Gelegenheit des Näheren einzugehen. Die Rede brachte nur Wiederholungen des alten Themas, daß die Ausführungen der Beschlüsse unbedurchführbar seien und die Verflämung des deutschen Volkes zur Folge haben müßten. Postives über die deutschen Gegenvorschläge hörte man nicht; wir erfahren nur, daß die Sachverständigen noch nicht einig sind, daß das Kabinett sich noch einmal damit befassen werde, und daß am nächsten Sonnabend vor dem Ausschuss des Reichstages nähere Mitteilung darüber gemacht werden sollen. Er schloß daran den üblichen Appell zur Einheit des ganzen Volkes und die Mahnung, der hohen Regierung ruhig zu vertrauen.

Man wird begreifen, daß die Sachverständigen der Regierung sich bisher über die Gegenvorschläge nicht einigen konnten. Was die Regierung sich da als Sachverständige herausgelacht hat, sind bis auf einen oder zwei Konfessions-schulden nur Vertreter des Großkapitals und der Hochfinanz. Das arbeitende Volk, das alle Werte schaffende Proletariat, hat mit diesen Sachverständigen, die lediglich die kapitalistischen Interessen zu schützen versuchen, nichts zu tun. Deshalb ist es ein wenig viel verlangt, daß die Arbeiterklasse diese Regierung und ihre Sachverständigen auf ihrem Gange nach London mit blindem Vertrauen und in holder Eintracht begleiten solle. Um es bei dieser Gelegenheit noch einmal kurz und deutlich zu sagen, so erkennt das deutsche Proletariat wohl die Verpflichtung Deutschlands an, die von den früheren Machthabern verurteilten Kriegsschulden, soweit irgendmöglich, wieder gutzumachen, lehnt es aber unbedingt ab, für das deutsche Kapital, das die Hauptschuld am Kriege und seinen Folgen trägt, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und es verlangt, daß die Laiben des Wiederaufbaues des nationalökonomischen Wohlfahrt werden sollen, kann uns deshalb nicht schrecken, weil die Verflämung des deutschen Proletariats dieselbe bleibt, ganz gleich, ob sie vom deutschen oder vom Ententekapital ausgeht.

Der Außenminister hat sich gestern aber auch noch auf das rein politische Gebiet begeben. Er nahm Bezug auf die Notiz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Donnerstag früh, worin in geheimnisvoller Weise von einem kleinen Kreis politisch kurzschichtiger Phantasten gesprochen wurde, die während der Londoner Verhandlungen eine Aktion unternehmen wollten. Herr Dr. Simons nahm diese Notiz zum Anlaß, um vor unbedachten politischen Abenteuerern zu warnen und die Drohung daran zu knüpfen, daß er das seinige in der Regierung tun werde, um jeden Versuch eines Putsches unabsichtlich niederzuschlagen. Man könnte geneigt sein, diese Notiz und ihre Erwähnung durch Herrn Dr. Simons für ein Spiel mit verteilten Rollen zu halten, wenn die Sache nicht doch einen sehr ernsten Hintergrund hätte. Es steht außer Zweifel, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von Herrn Stinnes inspiriert worden ist und daß sie besonders außerhalb Deutschlands Eindruck machen soll. Man will auf neue Versuche, nicht nur in der Entwaffnungsfrage Konzessionen zu erreichen, sondern man glaubt offenbar, auf diese Weise auch bei der Behandlung der wirtschaftlichen Fragen günstigere Bedingungen für das Kapital herauszuschlagen.

Daß aber in den rechtsstehenden Kreisen lebhaft für eine Aktion gerüstet wird, steht ebenso außer allem Zweifel. Was aber tut die Regierung, um den Gefahren eines Rechtsputschs zu begegnen? Sie beschränkt sich auf einige Drohungen, die in ihrer Wirkung auf das Ausland eingestellt sind, läßt aber im übrigen den Reaktionen vollkommen freie Hand. In Bayern stehen 400 000 Einwohner wehrfähig, die wohlgerüstet zum Ausschlagen bereit. Die Reichsregierung sieht diesem gefährlichen Treiben zu, ohne mit der Wimper zu zucken. Die Organe der Partei ruhig weiter ausbreiten, die Güter der Propaganda behalten nach wie vor ihre Waffenarsenale.

Wie weit die Junkerfreiheit bereits geht, das konnte man aus der gestrigen Abendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“ erkennen. An der Spitze des Blattes wird ein Aufsatz des Freiherrn von Wangenheim veröffentlicht, worin in denselben Tönen wie vor den Kaputttagen offene Drohungen gegen die Regierung ausgestoßen werden. Der Freiherr fordert die „staatschaltenden“ Parteien

feien auf, sich endlich fest zusammenzuschließen. Wenn diese Parteien nicht mehr imstande seien, Laten (!!) zu vollbringen, dann müßte das Volk ihnen die nötige Auffklärung in nicht mißverständlicher Form zukommen lassen. „Wache auf, Preußenvolk“, so schreit Herr von Wangenheim, „und erhebe millionenfach deine Stimme gegen diejenigen, welche in der schwersten Not des Vaterlandes über dem ungeliebten Parteihader vergessen, wozu sie gewählt sind. Es geht um dein Leben, es geht um die Zukunft deiner Kinder und Enkel, die man verschauern will, um den Parteigöttern neue Helatomben zu opfern. Fort mit den Händlern und Wechsellern, welche das reine Gold deiner Vaterlandsliebe in wertloses und schmutziges Papier umzusetzen am Werke sind.“ So wagt ein Junker zu reden, dessen Standes- und Gefinnungsgenossen das deutsche Volk bis aufs Hemd auswuchern und auspompert!

Der Regierung wird in den nächsten Tagen Gelegenheit gegeben sein, im Reichstag darüber Rede zu stehen, was sie gegen die nationalsozialistischen Treibereien, gegen die Vorbereitungen zu reaktionären Aktionen zu unternehmen gedenkt. Wie wir schon mitgeteilt haben, verlangt die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstage die Vorlegung des Notenwechsels mit der bayerischen Regierung in der Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren und fordert weiter, die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren unverzüglich durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit werden unsere Genossen aber auch fordern, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, die sich angeblich gegen die Bildung bewaffneter Hausen durch rechtsliebende Kreise wandte, in Wirklichkeit sich aber mit voller Wucht gegen die Arbeiterklasse richtet, endlich außer Kraft gesetzt wird. Hier werden auch die Rechtssozialisten gezwungen sein, Farbe zu bekennen; billigen sie noch immer die Ausnahmegebung ihres Parteigenossen, des Herrn Reichspräsidenten, sorgen sie nicht mit uns dafür, daß diese Schandverordnung endlich beseitigt wird, so zeigen sie erneut, daß noch immer der Koseletur bei ihnen Geltung hat.

Es ist eine seltsame Regierungskunst, die dem deutschen Volke geboten wird. Brutal im Innern, ungeschickt nach außen, das ist das gelindeste Zeugnis, das man ihr ausstellen vermag.

Vor einem neuen Putsch?

Inhaltschwere Andeutungen

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Stinnes brachte gestern an der Spitze des Blattes folgende aufsehenerregende Mitteilung:

„Am nächsten Sonntag sollen die deutschen Vertreter zu den Londoner Verhandlungen abreisen. In der britischen Hauptstadt werden dann Entscheidungen fallen, die vielleicht über das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden. Es ist nicht verwunderlich, daß angesichts der drohenden politischen Gefahren sich mancher — und nicht der schlechtesten — Kreise des deutschen Volkes einer Erregung bemächtigt, die eine Mäßigkeit unüberlegter Handlungen in sich birgt. Diese Gefahr dürfte um so größer sein, als hinter einzelnen Heißspornen reaktionäre gewisse agents provocateurs zu sehen pflegen, deren Welsen nur in der Unordnung blüht. Die wissen, daß die treibenden Kräfte weder eine politische Partei noch eine bedeutende Persönlichkeit oder eine bestimmte Organisation hinter sich haben, daß es sich vielmehr um einen nur kleinen Kreis politisch kurzsichtiger Phantasten handelt, deren Aktion schon aus Mangel an Waffen an sich ohne praktische Bedeutung sein würde. Die eigentliche Gefahr liegen aber nicht darin, daß ein derartiges Abenteuer im Ausland erneut falsche Vorstellungen von militaristischen Regierungen in Deutschland erwecken müßte und im Inland von radikaler Seite dem gesamten Bürgertum zur Last gelegt werden würde. Diejenigen, die in London die deutschen Interessen unter so schwierigen Umständen vertreten sollen, müssen die Sicherheit haben, daß in der Heimat kein Unfug verübt wird. Eine Wiederholung der Verhältnisse, wie sie im März 1920 zuerst von rechts, dann von links her eingeführt wurden, wäre für den Bestand des Reiches verhängnisvoll. Es muß daher die Aufgabe aller, die es angeht, sein, dafür zu sorgen, daß das Land in Ruhe bleibt und daß in Preußen möglichst bald ordnungsmäßig eine von der Wehrheit der Bevölkerung getragene Regierung eingesetzt wird. In der Zwischenzeit sollte jeder als Feind behandelt und gegebenenfalls unerbittlich gemacht werden, der die Ruhe bricht, mag er von links oder von rechts kommen.“

Diese Meldung geht auf Informationen zurück, die aus Bayern kommen. Dort hat sich der Kerntrupp der deutschen Konterrevolution verammelt. Dort sitzen die Männer des Rapp-Putsches — Ludendorff, Lüttich, Major Bischoff, Oberst Bauer — jene Männer, die nach dem 12. März sieberhaft gerüstet haben, um einen neuen Schlag gegen die Republik, ein neues Abenteuer mit aggressiven außenpolitischen Zielen in Szene zu setzen. Wir haben seit Monaten auf jenen Gefahrenherd hingewiesen und dabei immer wieder festgestellt, daß hinter der Rahr-Regierung und dem bayerischen Einwohnerwehrtüptling Eicherich die preußischen Monarchisten als Antreiber stehen. Sie ermunterten die Rebelleregierung des Rahr immer wieder von neuem, in der Entwaffnungsfrage nicht nachzugeben. Denn die Einwohnerwehren dienen nicht der Aufrechterhaltung der „Ordnung“, die in Bayern ja gar nicht gefährdet ist; sie sollen vielmehr bereitgestellt werden für ein neues Abenteuer der Monarchisten, das von Bayern aus ins Werk gesetzt werden soll. Abrechnung im Innern, Entfesselung kriegerischer Katastrophen nach außen: das ist das Ziel der Orgeschleute, die bis zur Stunde ihre Künste unter den Augen der Regierung fortsetzen und vollenden konnten.

Trotz der bayerischen Einwohnerwehr und die preußische Orgesch mehr sind als ein bloßer Schützenverein, wurde letzthin sogar von zwei Führern der bayerischen Königspartei — Graf Bothmer und Mayer-Kop — festgestellt. Sie behaupteten wiederholt daß die Orgesch und ihre Hintermänner erneut auf einen Putsch hinarbeiten, und sie belegten ihre Behauptungen sogar mit durchschlagenden Dokumenten. Mayer-Kop hat letzthin sogar an den bayerischen Landtag eine Eingabe gerichtet, in der er die Verschönerung der Orgeschritter bis ins einzelne mit Beweisen belegte. Die Rahr-Regierung und ihr ergebene Parlament haben diese Eingabe untergeschlagen. Unserer Fraktion ist jede Auskunft verweigert worden.

Wenn jetzt die Gefahr des Putsches in greifbare Nähe gerückt sein sollte, so hat das zweierlei Ursachen. Der Ausgang der Landtagswahlen in Preußen hat den monarchistischen Parteien eine große Enttäuschung gebracht. Sie spekulierten auf die Dummheit der Wähler in so tiefen Ausmaßen, daß sie glaubten, auf lokalem Wege in den Besitz der Alleinherrschaft zu gelangen. Die Spekulation erwies sich als verfehlt, nun drängt die putschistische Richtung nach der Entscheidung. Das Volk soll durch die Republik

nicht noch mehr „verführt“ werden. Man will es mit Gewalt unter die monarchistische Fuchtel zwingen, weil die Zeit noch günstig erscheint, die Republik noch nicht so befestigt ist, daß der Schlag gegen sie Erfolg verspricht. Diese Pläne können natürlich nicht verwirklicht werden, wenn die Entente auf reiflose Entwaffnung besteht. Um ihr zu entgehen, drängen jetzt die Putschisten nach Laten. Im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Stimmung, die die Wiedergutmachungsfrage bei gewissen Schichten entfesselt hat, hoffen die Herren von Rahr, Ludendorff und Hergt, das Volk in einen Taumel reizen zu können, der es ihnen ermöglicht, die Macht an sich zu reißen.

Und Ehrhardt sitzt in Bayern! Er hat seine Marinebrigade langsam dorthin beordert, die den Kern bilden soll für die Wehren, die selbst nach dem Eingeständnis der „Kreuz-Zeitung“ 400 000 Mann stark sind. Ehrhardt hat einen Posten im bayerischen Justizministerium; er ist der große Taktiker des Bürgerkrieges, während die Offiziere Ludendorffs die Strategen bilden.

Auf alle Fälle: Von Bayern droht die Gefahr. Dorthin muß die Arbeiterklasse ihr wachsameres Auge lenken!

Die Rechtssozialisten und die Regierungsbildung

Vor einigen Tagen hat Herr Scheidemann sich in ziemlich zweideutiger Weise über die Teilnahme seiner Partei an einer Regierung mit der Deutschen Volkspartei ausgesprochen. Im gestrigen „Mittl. Abendblatt“ erklärt er nunmehr, daß die Rechtssozialisten keine Lust hätten, sich an einer Regierung zu beteiligen, an der auch Parteien teilnehmen, die von den Herren Stinnes und Westarp dirigiert werden. Er verlangt im Anschluß daran, daß in Preußen die große Ausräumung der Reaktion beginne. Nachdem die rechtssozialistische Politik erst das Wiederemporkommen der Reaktion ermöglicht hat, wird man nicht daran glauben können, daß es der Partei des Herrn Scheidemann mit der wirklichen Bekämpfung der Reaktion ernst ist.

Enttäuschte Hoffnungen

Geringe Stimmzunahme der Rechtsparteien

Die beiden Rechtsparteien sind mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf gezogen. Insbesondere glaubte die Deutschnationale Volkspartei einen riesigen Stimmengewinn erzielen zu können, der es ihr ermöglichen würde, sich in Preußen festzusetzen, eine Orgesch-Regierung einzurichten, um dann von Preußen und von Bayern aus die Republik zu zerquetschen. Wenn nun auch die Wahlen eine Entwicklung nach rechts gebracht haben, so sichern sie doch vor allem nicht der Deutschnationalen Volkspartei jene Machtpositionen, die sie durch die Wahlen zu erringen hoffte. Sie wird in Preußen eine einflusslose Partei bleiben, wenn ihren Machenschaften in der Verwaltung und im öffentlichen Leben mit der erforderlichen Energie entgegengetreten wird. Die jetzt vorliegenden Stimmgebühnisse zeigen, daß sich in der Hauptsache nur eine Verschiebung der Wähler von der Deutschen Volkspartei zur Deutschnationalen Volkspartei hin vollzogen hat.

Ein paar Zahlen mögen das beweisen. Bei den Reichstagswahlen erzielte die Deutschnationale Volkspartei in den preußischen Staatsgebieten, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Ostpreußen, wo nicht gewählt wurde, 2 151 997 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 2 252 450 Stimmen, beide Parteien zusammengerechnet also 4 404 447 Stimmen.

Bei den Provinzwahlen entsfielen auf die Deutschnationalen 2 892 667 Stimmen, auf die Deutsche Volkspartei 2 266 587 Stimmen, zusammen 5 159 254 Stimmen. Davon gehen aber ab die in Ostpreußen und Schleswig-Holstein abgegebenen Stimmen und zwar 490 997 Stimmen für die Deutschnationale Volkspartei und 268 201 Stimmen für die Deutsche Volkspartei.

Das bedeutet, daß die Deutsche Volkspartei seit den Reichstagswahlen in den preußischen Staatsgebieten, die am 6. Juni gewählt hatten, 252 064 Stimmen verloren hat. Die Deutschnationale Volkspartei hingegen hat nach Abzug der in Ostpreußen und Schleswig-Holstein abgegebenen Stimmen 300 765 Stimmen gewonnen. Zieht man davon aber den Verlust der Deutschen Volkspartei ab, so verbleibt den Rechtsparteien ein Gesamtgewinn von 37 000 Stimmen.

Nach diesem Ergebnis wird es verständlich, daß bei den Rechtsparteien eine tagenümmerte Stimmung vorherrscht. Der Ruf nach rechts im allgemeinen ist ja zweifellos nicht zu unterdrücken, auch insofern nicht, als er sich innerhalb der Arbeiterparteien vollzogen hat. Die Reaktion aber hat insgesamt nicht jene Erfolge erzielt, die ihr vorzuschwebten, und es ist daher kein Wunder, wenn jetzt die Putschisten aus den Reihen der beiden Rechtsparteien nach Laten drängen. Nach Auffassung der Putschisten hat das deutsche Volk bei den Provinzwahlen verlagert; es ist durch die Revolution „verdurmt“ worden, und deshalb muß ihm jetzt die Vorzüglichkeit der monarchistischen Staatsform mit Maschinen-gewehren eingebläut werden.

Selbstverwaltung in der Praxis

Aufsichtsbehörden und Einheitsgemeinde

Die Gemeinden können Steuern nur in den Grenzen beschließen, die Reichs- und Landesgesetzgebung ihnen gefallen haben. Aber selbst innerhalb dieser Grenzen sind sie an die Befähigung ihrer Steuerrechnungen durch die Aufsichtsbehörden gebunden, die ihnen dabei vielfach Schwierigkeiten zu bereiten suchen. In ganz besonderem Maße scheint das bei der Stellungnahme des Oberpräsidentiums zu den Steuerparlagen der neuen Stadtgemeinde der Fall zu sein. Denn anders sind eine Reihe von auffälligen Erscheinungen nicht zu erklären.

Vor mehr als vier Wochen hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Beherbergungssteuer angenommen. Sie ist heute noch nicht genehmigt, obwohl sie in dieser Form bereits in einer Anzahl von Städten in Kraft ist, und obwohl jeder Tag, der mit der Nichtbefähigung verzögert wird, der Stadt Berlin einen Verlust von hunderttausenden von Mark verursacht. Dieses Verhalten ist um so unerklärlicher, als diese Steuerordnung selbst bei den Interessenten keinen nennenswerten Widerstand gefunden hat und es doch eigentlich ausgeschlossen sein sollte, daß das Oberpräsidentium sich zum Sachverwalter der Interessen einer kleinen Gruppe von Interessenten machen sollte.

Ebenso unverständlich ist die Nichtbefähigung der ebenfalls vor mehreren Wochen beschlossenen Runderzung der Biersteuer. Auch hier entgegen dem berechtigten Stillsitzen der Verantwortlichen von Karl. Was hier die Ursache ist, ist nicht recht einzusehen, denn die Steuerordnung hält sich durchaus in dem Rahmen, der durch die Reichsgesetze gezogen ist. Sollte hier etwa der in jeder Minute aufgeklärte Widerstand weniger Interessenten die Ursache für die Nichtbefähigung sein?

Auch die Wohnungszugsteuer ist noch nicht befestigt. Das Bürgeramt jubelt über diese Helferdienste, die das Oberpräsidentium ihnen leistet. Wir aber fordern, daß dieser Zustand, der eine schwere Schädigung der Tätigkeit der neuen Stadtgemeinde darstellt, und die ersten Versuche zerstört, die zur Gesundung der Finanzen unternommen werden sofort ein Ende hat. Aber auch die Stadtverordneten-Versammlung muß, wenn der Magistrat sich aus Eigenem nicht gegenüber dem Oberpräsidentium durchzusetzen vermag, auf den Plan treten und einige ernste Töne über diese Verhöhnung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden sprechen.

Die agrarischen Volksverderber

In der gestrigen Abendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“ leitet sich der Junker von Wangenheim die Freiheit, den preußischen Arbeiter daran zu erinnern, daß er wieder lernen müsse, daß den Rechten (die er, Wangenheim, dem Arbeiter gestatten will), Pflichten gegen das Vaterland gegenüber zu überlassen. Aus diesem Satz spricht die ganze Unverschämtheit, die das preußische Junkertum seit jeher ausgezeichnet hat. Dieser Wangenheim, dessen ganze politische Tätigkeit der wirtschaftlichen und politischen Niederhaltung des Arbeiters gewidmet ist, entblödet sich nicht, dem preußischen Arbeiter an seine Pflichten dem Vaterlande gegenüber zu erinnern. Wo bleiben die Ermahnungen des Junkers seinen Klammerngenossen gegenüber, die durch Steuerhinterziehung die finanzielle Kraft des Staates und durch Nichtablieferung landwirtschaftlicher Produkte die körperliche Leistungsfähigkeit des Volkes erschüttern? Die letzte Zeit hat wahrlich übergenug Material gebracht über die Steuerheer der Agrarier. Und daß sie der anderen, noch viel wichtigeren Pflicht, der geschuldeten Ablieferung ihrer Produkte, auf der die Ernährung des Volkes beruht, nicht nachkommen, dafür zeugt die vor kurzem festgestellte Getreide-revision im Regierungsbezirk Minden, wo große Mengen Getreide gefunden wurden, die nicht ordnungsgemäß abgeliefert waren. So wurden allein in Bären, Warburg und Haxter 60 000 Zentner Getreide erfaßt, die zum Teil beschlagnahmt wurden, da sie verrotten waren und der Ablieferung entzogen werden sollten.

So sieht die Pflichterfüllung der preußischen Junker und ihrer Sippe aus. Die Arbeiterklasse lehnt es ganz entschieden ab, mit Herrn von Wangenheim über die Verteilung ihrer Rechte und Pflichten dem Staat gegenüber auch nur zu diskutieren.

Die Münchener Ernährungskonferenz

Die Vorschläge des preußischen Landwirtschaftsministers

Ans wird geschrieben: Bei den Verhandlungen der Ernährungsminister in München, die die Umstellung der deutschen Getreidewirtschaft betreffen, wurden — was in den der Presse zur Verfügung gestellten Mitteilungen des Reichsernährungsministeriums verhältnismäßig wenig — auch die Vorschläge des preußischen Landwirtschaftsministers sowohl in der Volksversammlung als auch im Ausschuss ausführlich erörtert. Die Vertreter der süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, denen sich auch Hamburg und einige andere kleinere Staaten angeschlossen, sprachen sich gegen diese Vorschläge aus und zwar vorzugsweise gegen die Verkopplung der Düngerbefreiung mit dem Umlageverfahren.

Diese Haltung ist darin begründet, daß die süddeutsche Landwirtschaft dank ihrer starken Viehwirtschaft verhältnismäßig weniger Kunstdünger braucht als die norddeutsche. Es wurde auch behauptet, daß die preußischen Vorschläge neue Zwangsmaßnahmen für die Landwirtschaft in sich schlossen, und daß jeder Zwang die landwirtschaftliche Erzeugung hemmen würde.

Demgegenüber wurde von den Vertretern Preußens der Standpunkt festgehalten, daß ein Vorgehen nach den Vorschlägen des Reichsernährungsministers die Weiterführung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides, selbst im beschränkten Maße, vollkommen unlosbar machen würde, was nicht nur für die Volksernährung, sondern auch für die Landwirtschaft selbst katastrophale Folgen haben müßte.

Seitens des Reichsernährungsministers wurde zu den Vorschlägen Preußens keine Stellung genommen.

Die Entscheidung über die Umstellung der Getreidewirtschaft liegt nunmehr bei der Reichsregierung und dem Reichstage. Sie haben sich darüber schlüssig zu werden, ob sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide verantworten wollen.

Die Provinziallandtagswahlen

Nach den vorliegenden Ergebnissen haben die Wahlen zum Provinziallandtag der Provinz Sachsen eine knappe sozialistische Mehrheit ergeben. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die endgültige Feststellung noch Veränderungen in den Mandatszahlen bringt. Es können als gewählt gelten: Im Bezirk Magdeburg: U. S. P. D. 2, S. P. D. 18, Kommunisten 2, Demokraten 5, Zentrum 1, Deutsche Volkspartei 4, Deutschnationale Volkspartei 8. Im Regierungsbezirk Merseburg: U. S. P. D. 5, S. P. D. 3, Kommunisten 15, Demokraten 5, Deutsche Volkspartei 6, Deutschnationale Volkspartei 11. Im Regierungsbezirk Erfurt: U. S. P. D. 4, S. P. D. 2, Kommunisten 2, Demokraten 1, Zentrum 3, Deutsche Volkspartei 3, Deutschnationale 2, Landbund 2.

Im Bezirk Magdeburg stehen 25 sozialistische Abgeordnete 21 bürgerlichen, im Bezirk Merseburg 25 sozialistische Abgeordnete 22 bürgerlichen und im Bezirk Erfurt 8 sozialistische Abgeordnete 11 bürgerlichen Abgeordneten gegenüber. Von 110 Abgeordneten waren demnach 56 Sozialisten und 54 Bürgerliche.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis vom Rheinischen Provinziallandtag ergibt für den Regierungsbezirk Düsseldorf: Unabhängige 6, Sozialdemokraten 12, Kommunisten 11, Deutschnationale 10, Deutsche Volkspartei 12, Zentrum 30, Demokraten 3, Regierungsbezirk Köln: Sozialdemokraten 8, Kommunisten 2, Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei 3, Zentrum 15, Demokraten 1, Regierungsbereich Coblenz: Sozialdemokraten 3, Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei 3, Zentrum 9, Demokraten 1, Regierungsbezirk Aachen: Deutschnationale 9, Deutsche Volkspartei 1, Zentrum 11, Sozialdemokraten 2, Kommunisten 1, Regierungsbezirk Trier: Arbeitsgemeinschaft (Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale) 1, Zentrum 8, Sozialdemokraten 1, Christliche Volkspartei 1, zusammen 159 Sitze.

Deutschland zur Internationalen Transportkonferenz eingeladen. Der in Paris tagende Völkerbundrat hat in Uebereinstimmung mit der Empfehlung der General-Vollversammlung beschlossen, Deutschland und Ungarn einzuladen, zu der am 10. März in Barcelona stattfindenden Internationalen Transport- und Transpikonferenz Vertreter zu entsenden.

Albert Thomas stellt seine parlamentarische Tätigkeit ein. Pariser Mitteilungen zufolge hat sich Albert Thomas unter der dringlichen Einwirkung der leitenden Stellen der C. G. T. und der französischen Sozialistischen Partei dazu entschlossen, sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen und sich fortan ausschließlich der Leitung des Internationalen Arbeitsamtes zu widmen.

Die Tarifrage der Straßenbahnen

Bürgerliche in Gemeinschaft mit Kommunisten sabotieren die kommunale Wirtschaft

Drei Stunden lang tobte gestern im Rathause die Auseinandersetzung über die Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Parteien. Erstere benutzten die schlechte Lage des Straßenbahnunternehmens, um gegen die kommunalisierten Betriebe vom Leber zu ziehen und das Hohelied auf den kapitalistischen Betrieb zu singen. Man ging auf der rechten Seite des Hauses so weit, zu verlangen, die kommunalen Betriebe mindestens in gemischt-wirtschaftliche Betriebe umzuwandeln, in denen das Privatkapital den ausschlaggebenden Einfluß ausübt. Von unserer Seite legte Genosse Gru-now unsere Auffassung in klarer eingehender Weise dar, sich wendend gegen die vom Ausschuss empfohlene Revision der Tarif- und Urlaubsverhältnisse der Arbeiter und der Betriebsräte. Die Kommunisten wollten statt einer Tarif-erhöhung eine Ermäßigung herbeigeführt sehen. Weil die beantragte Revision der Arbeitsverhältnisse von der Mehrheit abgelehnt wurde, und weil ferner die Mehrheit auf den Boden des gemischt-wirtschaftlichen Betriebes nicht treten wollte, stimmten in der Endabstimmung die bürgerlichen Gegner gegen die Tarifserhöhung, obwohl sie eine solche als unabwendbar selber anerkannt hatten. Jeder Tag bringt eine Mehrausgabe von 400 000 Mark. In dieser abflehenden Haltung fanden die bürgerlichen Parteien die Gesellschaft der Kommunisten und damit eine Mehrheit für Ablehnung der erhöhten Tarife. Die Wirkung wird sein, daß in kurzer Zeit nicht nur der 1-Marktarif kommt, sondern ein solcher, der erheblich höher ist. Niemand von unseren Genossen wird gern einer Tarifserhöhung zustimmen, aber die Straßenbahn gebraucht die Einnahmen, um den Betrieb zu führen. Wir können es nicht verantworten, den Betrieb einzufrieren. Die Straßenbahn ist für die große Masse notwendig wie das liebe Brot. Ein Ideal ist, wenn jeder fahren könnte, so oft er das nötig hat und wenn er unentgeltlich die Bahn benutzen könnte. Da das aber nicht angeht, muß Einnahme und Ausgabe ins Gleichgewicht gebracht werden. Das ist nur durch den Tarif möglich. Die Kommunisten haben wieder einmal bewiesen, daß sie eine Kommunalpolitik gegen die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung treiben. Sie befinden sich dabei in der Gesellschaft unserer schlimmsten Feinde, der Deutschen und Volksparteiler.

Die bürgerlichen Gegner werden sich daran, daß sie den Magistrat in diese Lage gebracht haben; sie wollen die Dinge auf die Spitze treiben und den Beweis liefern, daß sie allein eine Kommune leiten können. In diesem Bemühen finden sie die liebedolde Unterstützung der Kommunisten.

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte durch Oberbürgermeister Boeh die

Einführung des neuen Oberstadtschulrates Paulsen.

Der Oberbürgermeister würdigte die bisherigen Erfolge Paulsens und sprach die Hoffnung aus, daß auch in Berlin seine Arbeit von Erfolg gekrönt sein möge.

Im Namen der Stadtverordneten-Versammlung begrüßte der Vorsitzende, Genosse Dr. Wehl, den neuen Oberstadtschulrat. Er führt u. a. aus, daß die jetzige Erziehung der Schuljugend unter einer gewissen Schablonenmäßigkeit leidet, die die Jugend abtölpelt. Die Schulen müssen in Arbeitsgemeinschaften umgewandelt werden. Den neuen Stadtschulrat wird die Mehrheit der Versammlung in seinen Arbeiten unterstützen, während er seine schärfsten Gegner durch die Tat beschämen wird.

Genosse (S. P. D.) erstattet Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses a) zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Straßenbahnverwaltung, b) zur Vorberatung der Vorlage betr.

Erhöhung der Straßenbahntarife

und c) zur Vorberatung eines Antrages betr. Gewährung von Straßenbahnfreikarten an Schwerkrriegsbeschädigte.

Zu a) ist der Ausschuss nach eingehender Prüfung der Unterlagen und der Gutachten der Sachverständigen zu dem Ergebnis gekommen, daß der in den Jahren 1919 bis 1920 entstandene hohe Preisbetrag von 88 Millionen Mark in der Hauptsache zurückzuführen ist auf das Zurückbleiben der Tarifserhöhung hinter der Ausgabensteigerung der letzten Jahre, ferner auf die im Juli 1919 einsehende ungeheure Entwertung des Geldes, die Übernahme des städtischen Kohntarifs auf die Große Berliner Straßenbahn, auf die übermäßige Anwendung des Gleis- und Wagenmaterials während des Krieges und die in zu geringem Umfang durchgeführten Erneuerungsarbeiten, ebenso aber auch auf die mangelhaften Preise für die Erzeugnisse der Montan-Industrie und anderen Bedarfsmaterialien.

Zu diesen Feststellungen empfiehlt der Ausschuss der Versammlung die Annahme einer Reihe von Anträgen.

Zu b) empfiehlt der Ausschuss die Annahme der bereits bekanntgegebenen höheren Tariffätze.

Zu c) beantragt der Ausschuss die Ablehnung des Antrages, jedoch soll der Magistrat beauftragt werden, die Direktion der Straßenbahn zu ermäßigten, Schwerkrriegsbeschädigten Freifahrtkarten für alle Linien der städt. Straßenbahnen zu gewähren.

Auf eine Anfrage der Rechten betr. Rücktritt der Straßenbahn-Direktion und Ueberstreichung der Beschlüsse der Betriebsräte, antwortete Stadtbaurat Dr. Adler: In der Stadtverordneten-Versammlung vom 29. November v. J. kam es zu Anträgen gegen die Direktion. Von der linken Seite gegen die Person des Herrn Regierungsrats Riese sowie gegen die zu teuren Einkäufe und zu billigen Verkäufe der Materialverwaltung. Von der rechten Seite waren Vorwürfe gegen die übermäßige Verwendung der Dienstautos und der kostspieligen Dienstreisen erhoben worden. Ich habe daraufhin verfügt, daß Dienstreisen in Zukunft vor Eintritt bei mir anzu-melden sind und mir auch ein Bericht über das Ergebnis einzu-reichen soll. Diese konzentrischen Anträge von beiden Seiten des Hauses haben die Direktion veranlaßt, dem Magistrat mit Schreiben vom 3. Dezember 1920 zu erlauben, ihr den Abschied unter angemessener Regelung ihrer Gehaltsansprüche zu gewähren. Sofort nach Beendigung der Untersuchungen wurde erneut an die Direktion herangetreten, um sie zu veranlassen, von ihrem Rücktrittsgesuch Abstand zu nehmen. Da sie erneut ablehnten, verfügte der Magistrat die Einsetzung zweier provisorischer Direktoren. Es waren dies die Herren Lübbe und Pörr, die bereits vordem von der Betriebsräte zum kaufmännischen und technischen Organisations des Unternehmens herangezogen worden waren und erste Kräfte in ihrem Fache darstellten. Beide Herren führen nunmehr die Geschäfte der Straßenbahn mit Unterstützung der Angestellten und unter voller Verantwortung ihrer Autorität.

Zu Punkt 2 der Anfrage bezüglich der Betriebsräte ist zu bemerken, daß Ueberstreichungen der Beschlüsse der Betriebsräte in der letzten Zeit nicht vorgekommen sind; es tritt hingegen immer mehr das ernste Bestreben zutage, in ruhiger, sachlicher Weise an dem Wiederaufbau des Unternehmens beizutragen.

Die vom Betriebsrat erhobenen Beschuldigungen konnten, insbesondere was die im argen liegende Materialbeschaffung betrifft, nicht widerlegt werden. Grund zur Strafverfolgung liegt daher nicht vor.

In technischer Beziehung wurden eine Reihe von Verbesserungen eingeführt, insbesondere bezüglich der regelmäßigen Ueberprüfung und Instandsetzung der Wagen auf den Betriebsbahnhöfen. Wir haben die Straßenbahn vom Verband Groß-Berlin mit einem monatlichen Defizit von 1,4 Millionen Mark im Oktober und rund 18 Millionen Mark im November übernommen. Durch schärfste Einschränkung aller Ausgaben und Anspannung aller Kräfte ist es uns gelungen, im Dezember, dem ersten Monate, in dem wir die Geschäfte führten, den Nettobetrag auch unter Berücksichtigung der damaligen Tarifserhöhung auf ungefähr die Hälfte herabzudrücken. Wir hoffen zuverlässig, daß wenn uns die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, es uns in kurzer Zeit gelingen wird, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen und das Straßenbahnunternehmen in jeder Beziehung zu einem muster-gültigen Unternehmen zu gestalten.

Genosse (D. N.): Bei allen städtischen Betrieben, nicht nur bei der Straßenbahn, zeigen sich schwere Mängel. Meine Freunde bitten um Herbeiführung eines Beschlusses, nach dem alle kommunalen Werke und Betriebe gemischt-wirtschaftlich ver-waltet werden.

Genosse (U. S. P. D.): Durch die im Ausschuss zu Worte gekommenen Sachverständigen haben die sozialistischen Parteien zu ihrer Genugtuung die Bestätigung erhalten, daß die Schuld an dem traurigen Zustande der Straßenbahn in der unzulässigen Konzeptionspolitik zu suchen ist. Die Konzeptionsinhaber hat in Erwartung einer Uebernahme des Unternehmens durch die Stadt nur elende Profit-motivität getrieben, ohne die notwendigen Erneuerungen einzuleiten. Festgestellt ist, daß die Stadt fast nur einen Trümmerhaufen übernommen hat und von den an die Gesellschaft geschickten Millionen wären eigentlich die Millionen in Abzug zu bringen, deren die Stadt jetzt bedarf, um die Straßenbahn in betriebsfähigen Zustand zu bringen.

Die in der Versammlung und auch in der Stadtverordnetenversammlung unternommenen Versuche, diesen kommunalen Betrieb in Mitleidenschaft zu ziehen, verraten eine zu deutliche Absicht. Der Gedanke der Ueberleitung in einen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb ist für unsere Fraktion überhaupt nicht diskutabel. Der vom Ausschuss und den Sachverständigen beantragten Aufnahme einer großen Anleihe zur Instandsetzung der Betriebsmittel gebührt die größte Beachtung. Der Einwand der Unmöglichkeit der Beschaffung ist nicht ernst zu nehmen, da doch außerordentliche Sicherheiten im Betriebe selbst vorhanden seien.

Zur Frage der Tarifserhöhung auf 1 Mark folgt die Fraktion den übereinstimmenden Gutachten der Sachverständigen, die eine solche Maßnahme bedingten. Jedoch ist zu beachten, daß es in Zukunft nicht mehr angeht, die notwendigen Erneuerungen im Betriebe auf Konto der Fahrpreise zu nehmen.

Genosse (S. P. D.) wendet sich gegen die Ausführanträge und lehnt jede Erhöhung der Tarife ab. Er fordert Einführung von Arbeiterkarten zu 50 Pfennig.

Eine ganze Serie bürgerlicher Redner verurteilten die Schuld des Defizits bei der Straßenbahn auf das Konto der Kommunalisierung zu schieben und sehen sich für einen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb ein, nicht nur für die Straßenbahn, sondern für alle städtischen Werke und Betriebe.

Nach einer schleppenden Diskussion, die ein Schlußantrag beendete, wurde über die vorliegenden Anträge abgestimmt.

Die Ausführanträge, die die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn ankündeten, wurden angenommen, während eine Tarifserhöhung für die Straßenbahn von einer schwachen Mehrheit, bestehend aus Bürgerlichen und Kommunisten, abgelehnt wird.

Auch der Antrag, der für die Schwerekrriegsbeschädigten freie Fahrt fordert, wurde abgelehnt, nachdem ein Antrag unserer Fraktion, diese Angelegenheit der Kriegsbeschädigten-Fürsorge zu überweisen, durch die Kommunisten der Ablehnung verfallen war.

Durch Beschluß haben in Zukunft die Blinden auf den Straßenbahnen freie Fahrt.

Die Anträge der Bürgerlichen, die gemischt-wirtschaftliche Betriebe an Stelle der kommunalisierten fordern, wurden abgelehnt. Die Vorlage über eine Paktbarkeitssteuer und eine Anzahl kleiner Vorlagen werden ohne Aussprache teils angenommen, teils den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 9 1/2 Uhr.

Internationale Sozialistische Konferenz

Von unserem Sonderkorrespondenten

Wien, 22. Februar.

Heute, Dienstag nachmittag begann im Arbeiterheim Japozzen die Internationale Sozialistische Konferenz, die sich mit dem Wiederaufbau einer allumfassenden Internationale beschäftigen soll. Bis zum Beginn der Konferenz waren Delegierte aus 10 Ländern erschienen.

Als provisorische Tagesordnung hat die Berner Vorkonferenz vorgeschlagen:

1. Konstituierung.
2. Der Imperialismus und die soziale Revolution (Bericht-erstatte Walshaw).
3. Methoden und Organisation des Klassenkampfes (Bericht-erstatte Friedrich Adler).
4. Der internationale Kampf gegen die Konterrevolution (Bericht-erstatte Ledebour).

Um 4 Uhr ergriff

Friedrich Adler (Wien)

das Wort zur Begrüßung der Erschienenen. Er führte etwa folgendes aus:

Wir treten zusammen an einem Ort, wo das historische Geschehen, durch das diese Konferenz bedingt ist, seine charakteristische Ausprägung erfahren hat. Wir treten zusammen in einer Stadt, in der für August 1914 eine große sozialistische Konferenz geplant war, ein Kongreß, dem die Arbeiter Deutsch-Oesterreichs, der damaligen österröschischen Monarchie mit jubelnden Gefühlen entgegengekommen haben, ein Kongreß, von dem sie erwarteten, daß er der internationalen Solidarität Ausdruck geben werde, von dem sie erwarteten, daß er uns dem großen Ziele näher bringen werde. In dieser Stadt hat im Juli 1914 jenes einschneidende Ereignis begonnen, daß die Internationale zerstückte. In dieser Stadt, in der wir heute zusammenkommen, ist das erste Verbrechen der Kriegsanstiftung begonnen worden. In dieser Stadt ist im Auftrage der Habsburger das Ultimatum an Serbien gestellt worden, von dieser Stadt hat der verheerende Brand, der die ganze Welt ergriffen hat, seinen Anfang genommen.

Und wenn wir uns heute jener hochwürdigen Tat an Serbien erinnern, so können wir diese Gelegenheit als Oesterreicher nicht vorübergehen lassen, unter allen Delegierten, die wir freudig begrüßen, zum ersten Male wieder Genossen aus Serbien in unserer Mitte zu begrüßen (beifolgender Beifall), die von Anfang des Krieges an eine vorbildliche Haltung eingenommen haben. Und wir begrüßen die Genossen aus jenen Ländern, über die man uns so lange gelacht hat, daß sie unsere Feinde seien. Und wir knüpfen an das an, was wir bis zum Juli 1914 als heilige Ueberzeugung festgehalten haben, daß die Proletarier aller Länder nur einen Feind haben, und das ist die Bourgeoisie aller Länder. (Beifolgender Beifall.)

Genossen! Die Situation, in der wir heute zusammenkommen, ist eine wesentlich andere als die, die uns im Juli 1914 vereinen sollte. Wir treten zusammen, angezogen von dem Bedürfnis, eine internationale Organisation zu schaffen. Wir können in allen Ländern Landstärken, daß vielleicht niemals der Wunsch des Proletariats so mächtig gewesen ist, der internationalen Solidarität Ausdruck zu geben. Reiche Arbeit harret unser. Wir werden nicht klüßten werden, als ob nun mit einem Schlag die Internationale wieder herstellbar wäre. Unsere erste Aufgabe ist, zu konstatieren:

Diese Konferenz ist keine Internationale im Sinne des Ideals, das uns vorwärtsweht.

Wir wissen alle, in der heutigen Zeit existiert überhaupt keine Internationale. Gegenüber der fortwährenden Verflüchtigung der ersten und dritten Internationale sagen wir, daß die Konferenzen, die voriges Jahr in Genf und Moskau stattgefunden haben, sich zwar den Titel „Internationale“ anmaßten, daß aber diese Konferenzen ebenwenig der Ausdruck einer wirklichen Internationale sind, wie die heutige. Aber jomelt wir davon entfernt sind, die heutige Konferenz etwa als eine Internationale auszugeben, so müssen wir doch konstatieren, daß an dieser Konferenz, ebenso wie an denen von Genf und Moskau ein Drittel des Weltproletariats tatsächlich vertreten ist. Man nennt uns höhnlich das Zentrum. Ich glaube wir sind das Zentrum. Wir sind das Zentrum in dem Sinne, daß wir gleicherweise entfernt sind von der reinen Ungebild und dem heftigen Unglauben. Von der reinen Ungebild, die da glaubt, daß der Wunsch nach der sozialen Revolution schon die Wahrheit sei für den Sieg der Revolution, und entfernt von dem heftigen Unglauben, weil die Möglichkeit des Sieges der sozialen Revolution in einer gewissen historischen Konstellation nicht gegeben ist, daraus den Schluß ziehen, die Revolution sei überhaupt nicht möglich. Die den Glauben an die Notwendigkeit der sozialen Revolution erleben wollen durch den Glauben an die alleinstimmende Kraft der Reform.

Genossen! Die Konferenz kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie es tut in dem Gefühl der schmerzlichen Verantwortung und des Bewußtseins des ungeheuren Umfanges der Situation. Wenn wir zurückblicken auf die Erfahrungen, die uns die Geschichte der letzten zwei Jahre gegeben hat, so müssen wir sagen, der aktive Teil des Proletariats war nicht in der alten Internationale, die sich in einer reinen Defensivstellung befand. Ich halte es nicht für zweckmäßig, in der Tonart mit Moskau zu polemisieren, wie es in Moskau üblich ist. Wir müssen unseren Stolz dazwischen, daß wir die Russen verstehen, als die Russen uns. In Moskau wird eine Politik gemacht, die, wenn sie bei uns Einfluß gehabt hätte, wenn sie nicht hätte, uns diese Konferenz erspart haben würde. Nicht, weil ja dann hier nicht die Differenz wäre zwischen uns und Moskau, sondern weil dann an diesem Orte gar keine Konferenz, weder die eine noch die andere statt-finden würde, sondern eine reaktionäre Diktatur aufrechterhalten wäre, die Diktatur der Konterrevolution. (Beifolgender Beifall.)

Es ist üblich geworden, daß man sich über die 2. Internationale in Beschimpfungen ergeht, sich über Leute, die ihr angehört haben, nur in Worten der Äußerungsdistanz zu äußern, eines Konterrevolutionäres, der auch bei der roten Armee derselbe geblieben ist wie in den Kaiserhöfen der alten Zeit. Aber so sehr wir auch zu der 2. Internationale im Kampfe stehen, so vergessen wir doch nicht, daß diese 2. Internationale nicht dadurch zu erledigen ist, daß man Personen schuldig spricht. Als Schüler von Karl Marx und Friedrich Engels können wir uns nicht glauben machen, daß es Fehler einzelner Personen sind, sondern wir wollen die geschichtlichen Bedingungen verstehen, die zum Fall der 2. Internationale geführt haben. Wir wollen uns erinnern, daß in einer Internationale alle Richtungen des internationalen Proletariats vereinigt waren von Lenin bis zur äußersten Rechten, und daß sie ehemals doch die Internationale gewesen ist, in der Bebel, Jaures und andere unserer Vorkämpfer die Politik des Weltproletariats vertreten haben. (Beifolgender Beifall.) Der Kampf um die Internationale ist noch keineswegs abgeschlossen. Das Proletariat muß sich noch weiter durchringen zur Erkenntnis des historischen Geschehens. Für diese Konferenz handelt es sich darum, ein prinzipielles Programm festzusetzen, dem auch die Minderheit Solidarität erweisen soll. Es ist unsere Aufgabe, ein Wertung zu schaffen, das die Internationale möglich machen soll. Wir wollen nicht eine Internationale organisieren, dazu ist die Zeit noch nicht reif. Wir wollen

eine Arbeitsgemeinschaft von Parteien

schaffen die sich das Ziel gesetzt haben, ihre Arbeit in den Dienst einer Idee zu stellen, daß eine Internationale, die nicht ein Drittel des Weltproletariats, sondern des gesamten Weltproletariats umfaßt, neu aufgebaut werde. Deshalb will ich schließen, daß nicht wie jetzt auch in Moskau wie einst im zaristischen Rußland das Wort Geltung bekomme, „Teile, um zu herrschen“, sondern wie wir von Karl Marx und Friedrich Engels gelernt haben: „Vereinige, um zu siegen“. (Beifolgender Beifall.)

Nach kurzer Ansprache des Genossen Jean Longuet (Frankreich) und einer Begrüßung des Wiener Bürgermeisters Reumann (über beide Reden haben wir schon berichtet) erfolgt die Wahl der Kongreßleitung.

In Vorstehenden wurden Longuet und Ledebour und des weiteren Walshaw und Grimm gewählt. Topalovic (Serbien) beantragt, die Kommission, die bisher die Vorarbeiten zu der Konferenz geleistet hat, als ständiges Komitee einzusetzen. So dann wurden 3 Kommissionen gewählt, eine zur Mandatsprüfung, eine, die Punkte 2 und 4 zu gemeinsamer Behandlung zusammenzufassen soll, und eine dritte, die sich mit den internen Fragen zu beschäftigen hat.

Ausschnelden!

Druckfache
2in die
Sauptredaktion der „Freiheit“

Berlin G2
Breite Straße 8-9



Diese Konkurrenz-
losen Preise zahlen
Sie im Schuh-Engroslager
KAATZ
Münzstr. 10
1 Treppe

- Damenhochschaffstiefel von M. 73.50
- Damen-Schnür- oder -Spangenschuhe von M. 68.00
- Herrenstiefel durchgenäht von M. 110.00
- Herrenstiefel Randarbeit M. 166.00
- Damen-Lack-(Schnür-, Spangen-, Salon-)Schuhe von M. 96.00
- Damen-, Herren-, braune Stiefel und Schuhe . . . von M. 75.00
- Ein Posten Kinderstiefel, braun Fehlfeder, Nr. 27 bis 35, mit feinen Fehlfedern, statt M. 110.00 nur M. 65.00
- Weißer Leinen-Schnür- und -Spangenschuhe . . . von M. 33.00
- Plüschpantoffel mit Filzsohle statt M. 25.00 nur M. 12.00
- Turnschuhe, Kinder, Damen nur M. 20.00

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
Wallensteins Tod
Neues Volkstheater
Der Parant
Staatstheater
Opernhaus
U. H. Sinfonie-Konzert
Der Sturm
Deutsches Theater
Kammerspiele
Großes Schauspielhaus
Berliner Theater
Die Spanische Nachtigall
Theater am Rollendorfsplatz

Kleines Theater
Gala-Sänger
Rose-Theater
Dr. Klaus

Thalia-Theater
Mascottchen
Komische Oper
Ciede im Schnee

Königstadt-Theater
Gala-Sänger

Cajino-Theater
Der Großfürst
Jolles Caprice

Apollotheater
Madame Dubarry's Liebesleben

Der lustige Spielplan

Theater a. Kottbuser Tor
Eile-Sänger
Concordia-Palast-Theater
Mia May in Das wandernde Bild

Steidl-Theater
Fritz Steidl-Sänger

Erlebnisse eines Vorbesessenen

Wilder, Kunstfälscher, Wanderschmuck

Residenz-Kasino
Ein Strandfest in Swinemünde

NEUE WELT
Arnold Scholz
bayer. Bierfest

Arbeiter - Wäsche
zu Fabrikpreisen
Herbert Epstein, Charlottenburg 1

Arbeiterstiefel
Schürstiefel Paar M. 35.—
Schäftstiefel Paar M. 55.—

Konkurrenzlose Preise!
Fahrradreifen
Garantie-Reifen
Fahrradschläuche

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Nachruf
Otto Müller

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Branchenversammlung
der Rohrleger und Helfer

Branchenversammlung
aller in der Geldschrank-Industrie beschäftigten Kollegen

KAFFEE
16.50 roh, 14.50 bisch geröstet

Ausfneiden!
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
"Freiheit"
zum Preise von Mk. 10.— monatlich, Mk. 5.— halbjährlich,
bei freier Zustellung ins Haus

Herrnkleidung
neuster Mode
Anfertigung nach Maß und fertige Kleidung
Frühjahrsplacets
Sporiplacets
Schlüpfer
Ragians
Gummimäntel
Culaway
Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr
Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Zur Konfirmation
ANZÜGE
KLEIDER
auf Kredit
B. Feder
Brunnen-Str. 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlottenbr.
Scharrenstr.
5

Groß-Berlin

Bilder aus Berlin

Eine Statistik des Kinderelends.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin hat ihre Krankenbesucher veranlaßt, bei ihren Besuchen proletarischer Familien besonders auf das Kinderelend zu achten.

1. In einem Zimmer und einer Küche, mit Steinfußboden und Oberlicht, haust eine Familie: ein dreijähriger Sohn mangelnd, eine sechsjährige Tochter Kröpfchen, siebenjähriger Sohn lungenkrank.

2. Dieselben Wohnräume, drei Kinder schlafen mit den Eltern zusammen, zwei auf einem Sofa, ein Kind in der Küche in einer eisernen Bestiecke, die von der Fürsorge zur Verfügung gestellt ist. Drei schulpflichtige Kinder nehmen an der Quakerpeisung teil. Kinder notdürftig bekleidet. Vater seit August arbeitslos.

3. Nur zwei Wohnräume (Küche und „Zimmer“). Drei Kinder benutzen mit der lungenkranken Patentin zwei ungesäuberte Betten. Das anderthalbjährige Kind ruht im Kinderwagen. Eine zwölfjährige Tochter ist gleichfalls lungenkrank. Wohnung im schlechten Zustande. Kinder höchst ernährt.

4. Ein Kleinkind, vier schulpflichtige Kinder. Ein Kind wegen Unterernährung auf ein halbes Jahr von der Schulpflicht entbunden. Zwei Kinder hatten englische Krankheit. Sämtliche Kinder unterernährt, Betten ohne Bezüge. Vater seit sechs Monaten arbeitslos.

5. Zwei Kleinkinder, ein schulpflichtiges Kind. Fünf vier Erwachsene und drei Kinder sind drei Betten vorhanden. Ein Kind von sechs Jahren vom Schulbesuch befreit. Ein Sohn lungenkrank.

6. Die Familie besteht aus zehn Personen, die in vier Betten liegen. Ein fünftes Bett ist noch vorhanden, kann aber wegen Raummangels nicht aufgestellt werden. Mann seit sechs Monaten arbeitslos.

Und so könnte diese furchtbare Statistik proletarischen Elends bis ins Endlose fortgesetzt werden. Angesichts dieser gepeinigten Menschen taumelt in derselben Stadt die Bourgeoisie aus einem Genuß in den andern; offensichtlich der nackten lungenkranken Kinder treibt die Bourgeoisie, vertreten durch die bürgerlichen Parteien, einen wahnsinnigen Luxus in Leibwäsche und Kleidung und Essen und Trinken.

Dieselben bürgerlichen Parteien aber bewilligen Millionen zum Bau kleiner Kreuzer, 12 1/2 Millionen wurden mit den Stimmen der Rechtssozialisten in Preußen zu Preisen für Pferde rennen (!!) bewilligt.

Man wird die verzehrte bürgerliche Gesellschaft begreifen, daß diese leidenden Proletarier keine Almosen, sondern das Recht auf Leben, auf eine menschenwürdige Existenz fordern? Welches bürgerliche Blatt wagt es angesichts dieser Not der Arbeitslosen noch zu behaupten, daß diese Proletarier lieber nicht arbeiten wollen, um in dem „Genusse“ der „Unterstützung“ zu bleiben?

Förderung des Realkredits für den Kleinwohnungsbau

Auf Anregung des Staatskommissars für das Wohnungswesen war im Jahre 1919 durch eine Reihe von Hypothekenbanken ein Betrag von 50 Millionen Mark für erst- und zweitstellige Hypotheken zu besonders günstigen Bedingungen bis zum 1. Juli 1920 zur Verfügung gestellt.

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew

Deutsch von Dr. D. D. Voigt

(12. Fortsetzung.)

Oft flocht man Schimpfworte in das Ganze ein, aber man sprach sie nicht gleichgültig aus, wie die Männer es tun, sondern stets mit besonderer Giftigkeit, mit einer Art von Herausforderung; alle Dinge nannte man beim Namen.

Zu Anfang beachtete man ihn wenig, und auch er selbst schweigend beharrlich und sah vor sich hin. Vjuba sah beglückt neben ihm auf dem Bette, ihren Arm um seinen Nacken geschlungen, trank selbst wenig, schenkte ihm aber immerzu ein. Und öfter flüsterte sie ihm dicht ins Ohr:

„Liebster!“

Er trank zwar viel, wurde aber nicht berauscht, doch ging in ihm etwas anderes vor sich, was die geheimnisvolle Kraft des Alkohols nicht selten in dem Menschen bewirkt, als wenn, indes er trank und schwieg, in seinem Innern eine gewaltige Zerstörungsschicht schnell und dumpf geschähe. Als ob alles, was er im Laufe des Lebens erfahren, liebgewonnen und worüber er nachgedacht hatte — Gespräche mit Freunden, Bücher, seine gefährliche und anregende Beschäftigung — als ob dies alles lautlos verbrannt, spurlos vernichtet würde, wobei er selbst davon nicht zerstört, sondern ganz eigentümlich stark und hart wurde. Als kehrte er mit jedem geleerten Gläschen zu irgendeinem seiner Utensilien zurück — zu seinem Großvater, Urgroßvater — zu jenen elementaren, ursprünglichen Anfängen, für die der Aufruhr — Religion, und die Religion — Aufruhr gewesen ist. Wie unedle Farbe unter dem heißen Wasser, so vermischte sich und verflachte alle Bücherweisheit, an deren Stelle dann Eigenes, Kohlen- und Dunkel trat, wie die Stimme der schwarzen Erde selbst. Und von dieser seiner letzten dunklen Weisheit kam ein Hauch, wie aus wildfremder Weite, wie aus der Unendlichkeit der träumenden Urwälder, wie aus der Uferlosigkeit der Felder; in ihr erdnete das wirre Geheul der Glocken, in ihr erklang der blutrote Feuerschein von Feuersbrünsten, das Gekirre von Eisenketten, verzweifeltstes Gebet, Satansgelächter Tausender von gewaltigen Ketten.

So sah er da, breitnackig, bleich — so nahe plötzlich, so verwandt all diesen Gliedern, die rings um ihn grölten. Und in seiner leergebrannten Seele, in der zerstörten Welt, strahlte und leuchtete wie die Weißglut des flüssigen Stahls allein noch sein lobender Wille. Noch blind und ziellos streckte er sich voller Begier; und ruhig wurde sein Körper

wird jedoch nicht, wie bisher, ein begrenzter Beitrag zu festgelegten Vorzugsbedingungen bereitgestellt, sondern die einzelnen Beihilfen bleiben besonderer Entscheidung vorbehalten. Die Einhaltung der bisher gewährten Bedingungen ist im Hinblick auf die rückgängige Bewegung des Pfandbriefmarktes und die erhebliche Steigerung der Geschäftskosten allerdings leider nicht erreichbar gewesen. Die Banken wollen die Möglichkeit haben, die Bedingungen der jeweiligen Lage des Kapitalmarktes anzupassen. Die Gewerkschaften, gemeinnützigen „Pensionsvereine“ und sonstigen Siedlungsinteressenten seien auf das zugelegte Entgegenkommen der Banken hingewiesen.

Polizeiliche Neugierde

Den Obmann der hiesigen Ortsgruppe des Arbeiter-Nachfahrerbundes Soldatität besuchte am Mittwoch ein Kriminalbeamter und bat um Aufklärung über den Fund eines Kindes und Zweck, sowie über die politische Anschauung der Missetäter. Eine rechtliche Grundlage für seine Fragen wußte der Beamte selbst nicht vorzubringen. Es erscheint uns, als ob die ehemalige, berufliche Abteilung 7, die ja jetzt in der Abteilung 14 fortbesteht, ihre frühere Aufrechterhaltung verliert. Die Erfolge, die diese Herrschaften aufzuweisen haben, führen zu sehr großen, denn sonst würde man wahrscheinlich die Beamten für andere Zwecke notwendiger brauchen. Die Steuerzahler, die für diese Tätigkeiten die Mittel aufbringen müssen, haben allerdings ein Interesse daran, daß die Polizei sich etwas mehr wie bisher um den Schutz der Bürger bemüht.

Gegen die Mißhandlungen durch Polizeibeamte

Nachdem wochenlang durch die Presse aller Richtungen eine große Anzahl Fälle von Mißhandlungen Verhörfolter durch Polizeibeamte veröffentlicht worden sind, hat sich jetzt endlich der Polizeipräsident gerührt. Er „sicht sich veranlaßt“, in einem Ersatze Vorkommnisse dieser Art auf das Ernsteste zu rügen. Gegen Beamte, welche sich solche Vergehen zu Schulden kommen lassen, soll mit aller Strenge vorgegangen werden. Im gleichen Sinne hat das Kommando der Schutzpolizei seine Beamten erneut davor gewarnt, sich zu Tätschlichkeiten hinreichend zu lassen, wenn auch gewisse Elemente es darauf anlegten, durch ihr Verhalten die Beamten zu reizen. Das ordnungsliebende Publikum selbst kann durch seine Haltung am meisten zur Vermeidung solcher Ausschreitungen beitragen. Hoffentlich haben Erlaß und Mahnung den gewünschten Erfolg!

Vom Bau der Nord-Südbahn

Die Untergrundbauarbeiten an der künftigen Nord-Südbahn zwischen der Belfortstraße und der Handelsstraße Belle-Alliance nehmen trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten, die an dieser Stelle der schlechte Baugrund den Arbeiten bereitet, einen günstigen Verlauf. Die Nord-Südbahn kreuzt an dieser Stelle ein altes, längst bekanntes Sumpfgelände, welches sich bei früheren Bauten bereits sehr unangenehm bemerkbar gemacht hat. Daher muß zunächst für die Untergrundbahn ein tragfähiger Baugrund durch Herrichtung eines Pfahlrostes geschaffen werden, dessen einzelne Pfähle bis in guten Baugrund etwa 10-15 Meter tief hinabreichen. Die Köpfe sämtlicher Pfähle verbindet später eine etwa 1 Meter dicke Platte aus Eisenbeton, auf der dann der Tunnel errichtet wird. Die Pfähle sind ebenfalls aus Eisenbeton und werden zum Schutze gegen die schädlichen Einwirkungen der Moorsäure mit Asphalt umkleidet. Wegen dieser Schwierigkeiten, deren Verhütung eine Gefährdung der Dauerhaftigkeit des Pfahlrostes selbst bedeuten würde, ist ein besonderes Verfahren erforderlich, um das Einbauen der Pfähle bewerkstelligen zu können. Mit Hilfe eines langen Holzstempels wird zunächst eine Eisenbohle mit einer etwa 35 Zentimeter starken Hülle eingerammt. In dieses Rohr wird der Pfahl vorwärtig eingeleitet und dann die eiserne Hülle durch eine besondere Vorrichtung wieder herausgezogen. Trotz dieses umständlichen Verfahrens sind schon etwa ein Drittel der Pfähle eingeleitet worden, die notwendig sind, um den Untergrundbahntunnel zu tragen. Die bei den Untergrundbahnbauten in diesem Teile der Friedrichstraße anfänglich aufzutretenden Bürgerbeschwerden, denen die größte Aufmerksamkeit gewidmet wurde, haben völlig aufgehört und haben auch auf die anliegenden Häuser keinen Einfluß gehabt, deren Fundamente ebenfalls bis in den tragfähigen Baugrund hinabreichen. Trotzdem wird gerade an dieser Stelle mit der größten Vorsicht und Sorgfalt gearbeitet, um jede Gefahr auszuschließen.

16. Verwaltungsbezirk (Cöpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Grünau, Bohnsdorf). Freitag, 8 Uhr. Sitzung der Bezirksverwaltung im Rathausaal Cöpenick. Tagesordnung: Wahl des Bezirksamtes. Die Fraktion trifft sich um 1/2 6 Uhr. Tribünenkarten beim Gen. Lampe erhältlich.

Oberschlesier!

die nach dem 1. 10. 1920 ins Reich verzogen, die nur vorübergehend sich außerhalb Oberschlesiens aufhalten.

Ihr braucht Passierscheine!

- 1. In Oberschlesien geborene und dort bis 1. Oktober 1920 wohnhaft gewesene Stimmberichtigte (Kategorie A) und außerhalb Oberschlesiens geborene Abstammungsberechtigte, die seit 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt bis 1. Oktober 1920 dort ununterbrochen gewohnt haben und nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstammungsgebiete verzogen sind (Kategorie C).
- 2. alle Stimmberichtigten der Kategorie A, die noch heute im Abstammungsgebiete ihren ständigen Wohnsitz haben, z. Zt. aber sich außerhalb des Abstammungsgebietes aufhalten (z. B. Studierende, Geschäftsreisende, Saisonarbeiter usw.) müssen zur Einreise zur Abstimmung Passierscheine haben, die zugleich als Stimmkarte dienen. Diese Passierscheine werden nur auf schriftliches Gesuch nach vorgeschriebenem Muster hin ausgegeben. Das Gesuch muß spätestens am

2. März 1921 beim Paritätischen Ausschuss eingetroffen sein. Formulare hierzu und Beratung erteilt jede Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier.

Elternbeiräte U. S. P. 1. Verwaltungsbezirk (Mitte). Hierzu gehören die Distrikte 1, 5, 6, 11 und 16. Am Sonnabend, d. 26. Februar, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9, Versammlung aller Elternbeiräte U. S. P. D. Mitgliedsbuch legitimiert. Tagesordnung: Zusammenkunft aller Elternbeiräte im 1. Verwaltungsbezirk. Alle Elternbeiräte müssen erscheinen.

Brig. Die weltliche Schule. Montag, abends 7 Uhr, in der Aula der 1. Gemeindegasse, Chausseestraße, große Elternversammlung aller Brüder Gemeindegassen. Vortrag über „Die weltliche Schule“. Berufsberatung. Erscheinen aller Brüder Eltern dringend notwendig. Die Leser werden gebeten, diese Mitteilung mündlich zu verbreiten. Die Kinder aller Brüder Schulen sind umgehend im Zigarengeschäft von Mittag, Chausseestraße, oder bei den Genossen, welche mit den Eltern herumgehen, einzuschieben. Letztere sind weitgehend zu unterstützen. Alle U. S. P.-Elternbeiräte haben am Sonnabend, abends 7 Uhr, in der 2. Gemeindegasse, Bürgerstraße, Sitzung.

Die Charlottenburger Waldschule im Grunewald nimmt auch im kommenden Sommer wieder körperliche schwache normal degabte Schüler der Seria bis Antieritia und Schülerinnen der entsprechenden Unsealklassen VII-IV auf. Auskunft erteilt der Direktor der Kaiser-Friedrich-Schule, Geh. Studienrat Dr. Jernede, Knefbeckstr. 24, werktags zwischen 10 und 11 Uhr. Die Waldschule hat die Aufgabe, körperlich schwächeren oder schonungsbedürftigen Kindern, denen die Anstrengung eines 6-stündigen Unterrichts in den stark belehten Klassen schadet, Gelegenheit zur Erholung zu geben, ohne daß der Unterricht unterbrochen wird. Geistig minderwertige Kinder können nicht aufgenommen werden.

Trinkgeldannahme als Entlassungsgrund. Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin hat in einer Streitsache zweier Kellner gegen ein Café wegen Wiederentlassung und Entschädigung die fristlose Entlassung der beiden Kellner wegen Trinkgeldannahme für berechtigt erklärt. In dem Kaffeehaus war als Zusatz zu dem allgemeinen gültigen Vertrag im Kaffeehausgewerbe die Bestimmung aufgenommen worden, daß das Trinkgeld als ein Teil der Entlohnung der Kellner durch den festen Wochenlohn von 400 M und 2 Prozent vom Umsatz endgültig abgelöst sei, und daß sich die Kellner des Betriebes verpflichten, bei Strafe der fristlosen Entlassung keine Trinkgelder anzunehmen. Da die Kellner trotzdem das ihnen allerdings angebotene Trinkgeld angenommen haben, war ihre Entlassung gerechtfertigt.

Der Mord in der Petersburger Straße, dem der „Schriftsteller“ Karl Körner zum Opfer gefallen ist, ist nach den weiteren Ermittlungen wahrscheinlich ein Racheakt aus politischen Beweggründen. Es ist festgestellt, daß Körner in Wirklichkeit ein Agent war, der sich zunächst für Polen im Deutschen Reich betätigte und auch mehrere Unteragenten beschäftigte. Sein Material, das er zu bearbeiten hatte, und seine Weisungen gingen ihm

zu Stahl, im Gefühl grenzenloser Macht, im Gefühl der Kraft, alles schaffen, alles zerstören zu können.

Plötzlich schlug er mit der Faust auf den Tisch: „Vjuba, trink!“

Und als sie, strahlend und lächelnd, gehorsam die Gläser füllte, hob er sein Glas empor: „Auf das Wohl der Anstigen!“

„Du trinkst für... jene?“ flüsterte ihm Vjuba zu.

„Nein — für diese da. Für die Anstigen. Für Schurken, Schufte, für die Feigen, für die vom Leben Zermalmten! Für die, die an Syphilis krepieren...“

Die Mädchen lachten los. Die Dide aber wandte träge ein: „Nun, nun, mein Tauber, das geht denn doch zu weit.“

„Schweig!“ sagte Vjuba und erblickte. „Er ist mein Bräutigam.“

„Für alle Blindgeborenen! Ihr Sehenden! Wir wollen uns die Augen ausstechen, denn es ist eine Schande“, er schlug mit der Faust auf den Tisch — „denn es ist eine Schande, als Sehender auf Blindgeborene zu sehen. Wenn wir nicht imstande sind, mit unseren Laternen die ganze Finsternis zu erleuchten, dann laßt uns doch unsere Lichte ausblasen und arbeitsam ins Dunkel kriechen! Wenn es kein Paradies für alle gibt, dann will ich auch feins haben. Denn dann, Mädels, ist es kein Paradies, sondern ganz einfach — eine Schweinerei! Laßt uns darauf eins trinken, daß alle Lichter erlöschen! Trinke, du Finsternis.“

Er wankte leicht und trank aus. Er sprach etwas beschwerlich, aber fest und deutlich mit Wausen und jedes Wort ausprägend. Niemand verstand diese wilde Rede, aber er selbst, bleich und seltsam verbittert, gefiel allen. Plötzlich begann Vjuba mit ausgefressenen Armen zu sprechen:

„Er ist mir bestimmt. Er bleibt bei mir.“ Er war ehrsam, er hat Kameraden, jetzt aber wird er bei mir bleiben.“

„Komm zu uns, an Marfuschas Stelle“, sprach träge die Dide.

„Schweig, Manja. Ich schlage dir das Maul ein. Er bleibt mit mir. Er war anständig.“

„Wir alle waren einst anständig“ — sagte die Böse, Alte. Und die übrigen nahmen es auf.

„Ich war brav bis zu meinem vierten Lebensjahre.“

„Ja, du bist auch jetzt brav... bei Gott!“ Vjuba war den Tränen nahe.

„Schweig, ihr Drecksesen! Euch hat man die Ehre genommen, er aber hat sie freiwillig abgegeben. Rahm sei so und gab sie hin: da habt ihr meine Ehre! Ich will keine haben! Ihr alle hier seid... er aber ist noch ganz unschuldig.“

Sie schluckte, alle brüllten vor Lachen. Man lachte, wie nur Betrunkene lachen können mit aller Zügellosigkeit der Empfindung, lachte, wie man nur in einem winzigen Zimmer lachen kann, deren Luft mit Klang gestättigt ist, keinen Klang mehr aufnimmt und alles beäuhend und scharf zurückwirft. Man weinte vor Lachen, man fiel übereinander hin, man stöhnte vor Lachen. Mit einem dünnen Stimmchen gackerte die Dide und fiel kraftlos vom Stuhl; schließlich geriet auch er bei diesem Anblick in unwiderstehliches Gelächter. Als wäre die ganze Unterwelt hier versammelt, um mit Gelächter die arme unschuldige Erbarbeit zu Grabe zu leiten; — und auch sie selbst, die tote Erbarkeit, lachte leise auf. Vjuba allein lachte nicht. Zitternd vor Entrüstung flocht sie krampfhaft die Hände ineinander, schrie etwas und begann schließlich die Dide mit den Fäustern zu bearbeiten, die sich kaum noch mit ihren nackten, knüppelrunden Armen wehrte.

„Genug“, rief er, aber niemand hörte ihn. Endlich verstummten sie nach und nach.

„Genug“, rief er noch einmal. „Halt, ich will euch noch einen Scherz zeigen.“

„Laß sie“, bat Vjuba und rieb sich mit den Fäusten die Augen. „Man sollte sie alle davonjagen.“

„Hast du Angst bekommen?“ Er wandte ihr sein vom Lachen noch zuckendes Antlitz zu. „Gelächter es dich nach der Ehrsamkeit? Du Dumme! Du willst ja die ganze Zeit nichts anderes. Laß mich.“

Und ohne sie weiter zu beachten, wandte er sich zu den andern, stand auf und hob seine Hände ganz in die Höhe.

„Hört zu! Paßt auf! Gleich werde ich es euch zeigen. Seht her auf meine Hände.“

Weiter gelaunt und interessiert blinzelte sie auf seine Hände und warteten gehorsam, wie Kinder, mit aufgesperrtem Munde.

„Hier“, er schüttelte seine Hände, „hier halte ich in meinen Händen mein Leben. Seht her!“

„Wir sehen! Weiter.“

„Es war herrlich, mein Leben! Es war rein und herrlich, mein Leben. Es war, wißt ihr, wie jene schöne Vase aus Marmor. Und nun seht zu! Da werfe ich es hin!“

Er ließ die Hände sinken — fast höhnend — und alle Augen wandten sich wirklich zu Boden, als läge dort wirklich etwas Zerbrechliches und Wertes, in Stücke zerbrochen: ein herrliches Menschenleben.

„Tretet darauf, Ihr Mädels! Tretet darauf, damit kein Stückchen übrig bleibt!“ Er kämpfte mit dem Fuß auf.

(Fortsetzung folgt.)

von Warschau und Lodz über Danzig zu. Auf demselben Wege erhielt er auch keine Geldbezüge, die zuerst reichlich flossen. Körner reiste auch selbst wiederholt nach Joppot und Danzig, zuletzt noch kurz vor Weihnachten. Seitdem änderten sich seine Verhältnisse. Besonders seine Geldmittel wurden immer knapper, so daß er zuletzt ständig in Verlegenheit war. In ein solches Leben gewöhnt, machte er sich in Danzig nieder. Wiederholt ging er auf Besuche zu Freunden an. Körner geriet bei den Besuchen in Verdacht, daß er kein Material auch der Gegenseite zur Verfügung stelle. Deshalb suchte er sich, wie er wiederholt äußerte, Beschäftigung und auch in seiner Wohnung nicht mehr sicher. Er wies sogar auf bestimmte Ausländer hin, die ihm nachhelften. Wenn man sich dort bei ihm erkundigte, so erhielt man auf Körners Veranlassung die Auskunft, daß er verheiratet sei. In Wirklichkeit wohnte er zu dieser Zeit in einem Hotel im Zentrum Danzigs. Dafür hat man auch noch Belege in seinem Nachlass gefunden. Als er glaubte, daß er durch die falsche Verbindung seiner Verhältnisse zur seine Sicherheit genügend gesichert habe, lebte er nach seiner Wohnung zurück. Hier fand er nun seinen gemachten Tod. Schon die Art der Ausführung des Verbrechens, das blutdürstige Auftreten, ließ auf einen Mord schließen.

Zu dem Raubmord an dem Geldverleiher Engelmann wird noch mitgeteilt, daß die weiteren Vernehmungen der Beschäftigten den Beweis erbracht haben, daß Frau Schulz Mitwisserin und wahrscheinlich auch Anstifterin ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Frau Schulz den Mord für den von ihm gerichteten Raubmord auf Engelmann aufrechnen gemacht hat. Sie war vorher mit Engelmann in Verbindung getreten und hatte diesen ermahnt, für sie die Schuldfrage in seinem Nachlass einzuleiten. Bei den Vorverhandlungen stellte Frau Engelmann ihren Gestelben, mit dem sie zusammenhaupte, als ihren Ehemann vor. Als Engelmann dahinter kam und dies Frau Schulz sagte, war sie sehr erboht auf ihn. Aus Rücksicht auf den Mordbezug, den der Mord bezeugt, befindet sich tatsächlich in der Fremdenlegation. Ein Auslieferungsgesuch ist bereits gestellt.

Gewerkschaftliches

Die Abwehrbewegung der Krankenkassen-Angestellten

Wie wir bereits in Nr. 83 der „Freiheit“ mitteilten, haben die Berliner Krankenkassen-Angestellten beschlossen, wegen des vom preussischen Wohlfaßministerium erlassenen Sperrgesetzes, das einen gewaltsamen Eingriff in das Selbstverwaltungswesen der Krankenkassen mit sich bringt, indem es die Krankenkassenangestellten zu Beamten stampelt, in eine Abwehrbewegung einzutreten. Die Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien sollten fortgesetzt werden, dessen ungeachtet aber eine Abstimmung darüber vorgenommen werden, ob die Krankenkassenangestellten in einen allgemeinen Streik treten, wenn die erlassene Verfügung nicht zurückgezogen resp. so abgeändert wird, daß sie auf die Krankenkassen-Angestellten keine Anwendung findet.

In einer äußerst stark besuchten Versammlung der Krankenkassen-Angestellten, die am Donnerstag in der Bod-Branderei stattfand, berichtete der Sektionsleiter Wagner über das Resultat der inzwischen vorgenommenen Abstimmung. 98 Prozent aller Beschäftigten haben sich für den Eintritt in den Abwehrkampf ausgesprochen und damit der Bewegung die Befugnis gegeben, den allgemeinen Streik zu proklamieren, falls die Verhandlungen, die gegenwärtig noch geführt werden, nicht den gewünschten Erfolg haben sollten.

Die Verhandlungen wurden am vergangenen Montag zwischen dem Kassenvorstand Groß-Berlin und Vertretern des Gewerkschaftsbundes, der Berliner Gewerkschaftskommission, der W. a. dem Vizepräsidenten der W. a., Haupt- und Orts-Vorstände des Zentralverbandes der Angehörigen der Sektionsleitung und des Betriebsrats der Krankenkassenangestellten weitergeführt. Bei diesen Verhandlungen wurde eine Entschliegung gefaßt, die in ihrem wesentlichen Teil lautet:

Die Kassenvorstände sind zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, Vorschläge für die Verringerung der Dienstordnung zu machen, da sie eine solche nicht für notwendig halten. Sie lehnen es auch ab, irgendwie dabei behilflich zu sein, das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen einzuwahren und werden, wenn von der Behörde auf Grund dieser Verfügung irgendwelche Maßnahmen getroffen werden, es auch ablehnen, diese auszuführen.

Am Dienstag sollten mit dem Wohlfahrtsminister Stegerwald Verhandlungen stattfinden, jedoch wurde die Kommission von diesem nicht empfangen. Zwei Ministerialdirektoren gaben die Erklärung ab, daß sich der Herr Minister nicht dazu bereit erklären könne, den von ihm eingewonnenen Standpunkt zu revidieren. Es wurde der Kommission freigestellt, drei Vertreter zu delegieren, mit denen Herr Minister Stegerwald evtl. verhandeln würde. Es wurde jedoch eine schlagfertige Kommission bestimmt, bestehend aus den Abgeordneten Brühl, Steinlapp und Siebel, dem Mitglied des Hauptvorstandes Brandt, dem Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission Sahasch und dem Sektionsleiter Wagner, die auch zu einer kurzen Verhandlung mit dem Minister Stegerwald die Mitteilung machte, daß die Kassenvorstände seiner angeleglichen Verfügung nicht nachkommen werden, solange der Minister Stegerwald mit der Faust auf dem Tisch und erklärt, er würde dann seinerseits andere Maßnahmen ergreifen. Am übrigen wurde die Drohung mit dem Streik auf ihn gar keinen Eindruck, dazu wäre er selbst zu lange Gewerkschaftssekretär gewesen. Zum Schluß sagte er, anstehend um die Kommission loszuwerden, er allein sei nicht zuständig, die Kommission solle sich an das Reichsarbeitsministerium wenden. Die Kommission, die sich hierauf an das Reichsarbeitsministerium wandte, bekam dort die Auskunft, daß das Reichsministerium in der Angelegenheit ein förmliches Wort mitzuzusprechen hätte, ebenso das Reichsjustizministerium, das über die rechtliche Frage ein Gutachten abgeben müsse.

Kann betont, daß die oben erwähnte Körperschaft in einer höheren Beratung beschlossen habe, nicht eher in den Abwehrkampf zu treten, bis alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. In den nächsten Tagen sollen erneut Verhandlungen stattfinden und er hoffe, daß diese Verhandlungen ein befriedigendes Resultat zeitigen werden.

Die Verammlung nahm nun einer Diskussion über diesen Punkt Abstand und erklärte sich durch die einstimmige Annahme folgenden Antrages mit den Maßnahmen der Verhandlungskommission einverstanden:

Die Sektionsleitung hat die Verhandlungen zwecks Rücknahme der Anwendung des Sperrgesetzes auf die Krankenkassen-Angestellten schnellstens zu Ende zu führen. Eine Verschleppung der Verhandlungen seitens des Ministers oder Zwangsmassnahmen der Regierung sind sofort mit dem Streik zu beantwortet.

Die Verammlung beschloß sich dann noch mit Tariffragen.

Ein Präzedenzfall

Eine interessante richterliche Entscheidung veröffentlicht die Metallarbeiter-Zeitung. Die Firma Hantsl und Weg in Düsseldorf wurde um Zahlung veräußelter Arbeitszeit bzw. Aufwandsentschädigung zugunsten eines der beschäftigten Betriebsrates verurteilt. Die Firma erhob Einspruch, ist aber zur Tragung der Kosten verurteilt worden. Sie machte geltend, die Betriebsräte hätten zuviel Sitzungen abgehalten, im Gegensatz zu anderen Betrieben derselben Firma in Oberhausen. Der Betriebsrat fuhr nach Oberhausen, um die Sachlage zu prüfen. Und siehe da: Dort ergaben sich noch mehr veräußerte Betriebsratsstunden! — In dem richterlichen Urteil heißt es nun, der Betriebsrat bestand, sich angesichts der Argumentation der Firma, in einer Zwangslage, und um den Streitlauf aufzuklären, war die erwähnte Reise notwendig. Der Betriebsrat hat damit im Rahmen seiner durch das Betriebsratsgesetz festgesetzten Befugnisse und im Interesse

des Werkes und der Arbeiterschaft gehandelt. Diese Entscheidung ist endgültig. Dieser Rechtsfall kann anderen als Betriebsräten tätigen Gewerkschaften in ähnlichen Fällen als Richtschnur dienen. Zugleich zeigt dieser Fall, wie das Unternehmern verhalten, das so zahlreiche Betriebsräte für sich unweiskam zu machen. Es liegt aber an anderen Gewerkschaften, durch Kampf dem Gesetz Gehalt zu geben und alles herauszufinden, was unter den jeweiligen gegebenen Verhältnissen nur möglich ist.

Kampfmethoden der Unternehmer in der Herrenkonfektion

Es ist in früheren Berichten schon darauf hingewiesen worden, daß der Arbeitgeberverband der Herren- und Anabenkonfektion mit allen Mitteln verfährt, die nicht der Streik für sich Unterstützung im Kampf gegen die Arbeiterkraft zu gewinnen. Wie dieses gemacht wird, zeigt folgendes Schreiben des Arbeitgeberverbandes an fernstehende Firmen:

Arbeitgeberverband der Herren- und Anabenkleiderfabrikanten Deutschlands e. V. zu Berlin.
Berlin, den 17. Februar 1931.
Gesäftsstelle W. 15, Kurfürstendamm 226.

Betrifft: Aufhebung zum Verbandsbeitritt.
Aus ist Ihre Karte genehmigt worden, die wir nachstehend im Abschrift wiederholen:

Ort, Postdatum.

„An meine verehrten Geschäftskunden!“

Ich bringe Ihnen hiermit zur Kenntnis, daß ich nicht dem Arbeitgeberverband angehöre, und demnach mit dem Konfektionsarbeiterbeirat nichts zu tun habe, also demnach meine Arbeitskräfte soll und ganz beschäftigen darf.

Ich bitte höflichst hiervon Notiz zu nehmen und mir Ihre Stoffe gleich zur Anfertigung einfinden zu wollen. Die Preise sind noch die bisherigen festzusetzen.

In dem ich um gefl. Berücksichtigung bei Aufträgen bitte, zeichne ich

hochachtungsvoll

Firma“

Wir müssen Ihnen ernstlich geflohen, daß wir es eigentümlich erachten, daß es Betriebsunternehmern in Deutschland gibt, die eine so kraße, unehrl. — wir möchten sagen, antisozialistische Politik betreiben, daß sie Karten verkaufen, die da sagen, daß der Streik die betreffende Firma nicht tangiere.

Kämpfen denn die einzelnen Firmen nur für sich — oder kämpfen die für die Allgemeinheit?

Glauben Sie denn, daß Sie in der Lage sein werden, weiter zu konfektionieren, wenn die ungeheuerlichen Forderungen der Arbeitnehmer Gehör werden sollen?

Wenn Sie schon außerhalb eines Verbandes stehen und den Kollegen in den Rücken fallen, mühen Sie sozial Zustandszähl haben, derartige Mitteilungen nicht zu versenden.

Wir fordern Sie hiermit auf, unserer Organisation beizutreten. Sollten Sie es ablehnen, dürfen Sie versichert sein, daß wir Ihnen belommen.

Wir haben Kartellverträge mit allen für Sie in Betracht kommenden Lieferantenverbänden abgeschlossen, und Sie können erwarten, daß wir diese Kartellverträge gegen Sie in Anwendung bringen, — und es darf ein noch so großer Kampf entstehen.

Sie werden das als eine Drohung bezeichnen. Es ist eine Drohung, die wir aber wahrhaben.

Arbeitnehmer, die in dem jetzigen Kampfe einen Terror sondert, werden in die Waren, die die Arbeitnehmer vor dem Streik bekommen haben, in das Streiklokal bringen lassen, solchen Arbeitnehmern bieten Sie durch Ihre Karte eine Angriffsbasis, die befehlen für Sie ist.

Wir erwarten innerhalb 48 Stunden Ihren Bescheid, und dann werden wir weiter sehen.

Mit Hochachtung!

gez. B. Stern, Syndikus.“

So schlecht wie der Stil und das Deutsch ist, so unglücklich ist bisher auch die Wirkung dieses anmaßenden Schreibens für den Arbeitgeberverband gewesen. Im übrigen charakterisiert es drastisch, mit welchen Mitteln von dieser Seite gearbeitet wird und daß der Streik seine Wirkung ausübt.

Betriebsräte der Untergruppe Eisenbahn!

Am Sonntag, den 27. Februar, vormittags 9 Uhr, Volksernährung aller im Deutschen Eisenbahner-Verband organisierten Betriebsräte in dem Königstr. Kasino, Holmartstr. 72, 1 Tr. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der neuesten Verfügung der Eisenbahn-Direktion (Referent: Kollege Heilmüller); 2. Wahl der Delegierten zum Zentralgruppenrat und zur Generalversammlung; 3. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Kollegen. Mitgliederbuch und Betriebsratsausweis legitimieren!

Die örtliche Betriebsverwaltung des D. E. V.
Z. L. Volksw.

Arbeitslosenratswahlen und Arbeitslosenräte

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen ihre Arbeitslosenräte bereits gewählt haben. Mit den von anderer Seite geplanten Wahlen von Arbeitslosenräten haben wir nichts zu tun, sie sind lediglich für die Unorganisierten angedacht.

Man leiten des Kapitels wird nun mitgeteilt, daß der Hauptauswahlschuss der Erwerbslosen für seine Sitzung am Sonnabend, den 26. Februar, sich mit der Anerkennung der von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen gewählten Arbeitslosenräte befähigt wird. Es ist nun damit zu rechnen, daß der Hauptauswahlschuss zu dem Beschluß kommen wird, diese Arbeitslosenräte anzuerkennen und umgeben in Funktion treten lassen wird. Weitere Mitteilungen bezüglich Berufung der gewählten Arbeitslosenräte erfolgen an die Gewerkschaftsstände, Gewerkschaftskommissionen Berlins und Umgegend.

Maschinenarbeiter, Schnellmüller! Sonntag, den 27. Februar, vormittags 9 Uhr in der „Königsbahn“. Große Frankfurter Straße 117, außerordentliche Branchenversammlung! Tagesordnung: 1. Ausw. der Sachausweise, 2. Stellungnahme zum Verhandlungsprot. 3. Interne Lohnbewegung. Jeder Branchenangehörige muß erscheinen. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, veranstaltet für seine Funktionäre heute, Freitag, den 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in den Sophienkassen, Sophienstraße 17/18, eine Versammlung. Genosse Kalkel spricht über Wohlfühlung und Wirtschaftslage. Es wird erwartet, daß alle Funktionäre an der Versammlung teilnehmen. Einlass nur gegen Vorweisung des Funktionärsausweises und des Mitgliedsbuches des Z. d. A.

Verband der Buchbinder. Die Arbeiterkraft der Lithographie-Firma Kallmann u. Berger, Lichtstr. 10, ist um die Anerkennung der Tariffrage in den Austausch getreten. In Frage kommen 15 Arbeiterinnen und 8 Arbeiter. Der Betrieb ist gesperrt. Die Branchenleitung.

Buchbinder und Buchbinderarbeiterinnen in Kontoschul-fabrikanten und Linieranstalten. Am Dienstag, den 1. März, große Kontoschul-fabrikanten-Versammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Kontoschul-fabrikanten-Konferenz; 2. Wahl von Delegierten zu derselben.

Buchbinder und Buchbinderarbeiterinnen in Buchbinderereien. Am 22. Februar wurde mit dem V. B. B. die Vereinbarung getroffen, wonach Anweisung die Zulage der Buchbinder auch für das Buchbinderpersonal volle Anwendung findet, für alle über 21 Jahre alte Geschl. 65 M. pro Monat, für Spezialarbeiterinnen 35,75 M. pro Monat, für Tischarbeiterinnen 32,50 M. pro

Monat, erstmalig zahlbar in dieser Lohnwoche. Gedruckte Formulare sind auf dem Bureau erhältlich. Die Leitung der Buchbinderbranche.

Aus den Organisationen

Freitag, 23. Februar

14. Uhr. Abends 7 Uhr Jahreshauptversammlung aller Mitglieder der Frauen-Landesverbandes der Arbeiterinnen bei Wilmanns, Köpenickerstr. 14. Gebührende unabdingbar notwendig. Geschäftsleitung: Funktionäre und Gruppenleiter werden ersucht, umgehend beim Besuch 1931, Kassenkonto Nr. 10, abzugeben.

Sonnabend, 26. Februar

3. Uhr. Abends 8 Uhr haben die Betriebsräte die ausgeübten Ratte-Kontrollen bestimmt. Aufgabenzettel bei Wilmanns, Köpenickerstr. 14. Abends 7 Uhr in der Halle von Carl Wilmanns, Köpenickerstr. 14, wichtige Gruppen-Versammlung.

Vereinskalender

Freitag, 25. Februar

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelsarbeiter und Arbeiterinnen aus allen Ländern der Kaiserin-Gruppe und den Schmeiser-Post-Geschäften. Abends 7 Uhr in der Halle von Carl Wilmanns, Köpenickerstr. 14, wichtige Gruppen-Versammlung.

Lautsprecher-Verband. Abends 8 Uhr außerordentliche General-Versammlung im Hotel „Central“, Köpenickerstr. 14, unter der Leitung von H. C. C. Kasperow. Abends 9 Uhr wichtiger Ausschuss der Haller, Scheringstr. 10.

Sonnabend, 26. Februar

Fritz Schreyer-Verband. Abends 7 Uhr Geschäfts-Versammlung, Rathaus, Zimmer 13. Tagesordnung: 1. Jahresabschluss; 2. Vorträge.

Die Mordtat der Zeitfreiwilligen

Der Herr Regierungsbaumeister wird freigesprochen

Nachdem gestern vormittags ein Lokaltermin in der Rotenbühnenstraße 67 in der Anstalt des Schwurgerichtssaal um 12 1/2 Uhr eröffnet wurde, ordnete der Vorsitzende die Bildung der Schöffen an. Nachdem sich einige Sachverständige über die Wirkung der Schüsse auf Weigelt geäußert hatten, legte der Vorsitzende den Geschworenen die Schuldfrage vor. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Drimann nahm dann das Wort zu seinem Plädoyer. Er ging davon aus, daß der Prozeß keine politische Tendenz habe, sondern es handele sich um einen ganz gemeinen Totschlag. Zum mindesten sei der Angeklagte nicht berechtigt gewesen, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß der erschossene Weigelt zuerst schwer mißhandelt worden sei. Er sei darauf geschlagen worden, daß die langanhaltenden Schreie des Geschädigten in einer dem Töter gegenüberliegenden Wirklichkeit gehört worden sind. Der Lokaltermin habe viele Behauptungen der eidgehorsenen Zeugen wohl bekräftigt. Wenn behauptet worden sei, der Erschossene habe Widerstand geleistet, so sei das nach den schweren Mißhandlungen und Körperverletzungen, die dem Erschossenen angetan worden sind, unmöglich gewesen. Es sei weiter erwiesen, daß der Erschossene

fluchtlos um sein Leben gebeten

habe. Aber niemand von den Beteiligten habe darauf geachtet, man habe ihn weiter mißhandelt, weil man glaube, einen Raub vor sich zu haben. In schwerverletztem Zustand sei der erschossene Weigelt dann in das Geschäftszimmer des Angeklagten geschleppt worden. Wie sich die beteiligten Offiziere zu der Begegnung anfügigen konnten, daß sie sich diesem schwerverletzten Geisteskranken gegenüber in Rotweh befunden haben wollen, sei dem Staatsanwalt unklar. Ebenso unklar sei es ihm, daß der Angeklagte Schuß dem Weigelt, nachdem er ihm vorgeführt worden war, einen Revolver vor die Nase legen konnte, um dann das Zimmer zu verlassen. Der Erschossene soll dann einen Fluchtversuch gemacht haben. Das wurde so dargestellt, als wenn die im Zimmer anwesenden zehn, teilweise äußerst kräftigen Männer nicht in der Lage gewesen wären, Weigelt kampfunfähig zu machen, sondern aus „Notwehr“ den gefesserten Mann mit mehreren Schüssen niederzuknüden. Daß Weigelt nicht fliehen konnte, geht schon aus der Tatsache hervor, daß er sich in der äußeren Ecke des Zimmers befunden hätte, als er erschossen wurde. Die Frage auf vorläufige Lösung müsse deshalb unter allen Umständen bejaht werden. Der Angeklagte habe selbst zugesehen, daß er die beiden Schüsse auf den Kopf Weigelts abgegeben habe, in der Absicht, ihn zu töten. Deshalb könne auch die Frage, ob vorläufige Körperverletzung vorliegt, keine Geltung haben, ebenso die Frage des widerrechtlichen Waffengebrauchs. Der Staatsanwalt kommt zu dem Schluß, daß die Frage auf vorläufige Lösung bejaht werden müsse unter Zustimmung mildernden Umstände, da die damaligen Verhältnisse in Rechnung gezogen werden müssen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Johannes, schloß die Anklage als einen vaterlandstreuen Mann, der nicht nur während des Krieges, sondern auch nachher voll und ganz seine Pflicht erfüllt hätte. Wenn der Staatsanwalt verlangt habe, der Prozeß sei kein politischer, dann sollten die Geschworenen nur den Verhandlungsbericht in der „Freiheit“ lesen, dann würden sie einen anderen Bescheid. Er bat schließlich um Freisprechung. In seiner Erwiderung warf der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Drimann die Frage auf, welche Veranlassung die links stehende Presse zu einem politischen Interesse denn haben sollte? Sollte sie sich des Hofes an politischem Interesse vielleicht deshalb annehmen, weil der Erschossene ein durchaus national und literarisch gekannter Beamter war? Nein, meine Herren Geschworenen, es ist ein ganz gemeiner Totschlag. Der Angeklagte muß dementsprechend bestraft werden.

Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Stelmer, erteilte den Geschworenen hierauf die Rechtsbelehrung. Mit besonderer Deutlichkeit machte er den Geschworenen die Notwendigkeit graphisch klar. Dieser Teil der Ausführungen des Vorsitzenden mußte auf den unbefangenen Zuhörer wie ein Plädoyer des Verteidigers wirken.

Nach etwa dreistündiger Beratung verkündete der Obmann der Geschworenen den Wahrspruch. Dieser lautete auf Verneinung sämtlicher Schuldfragen. Der Angeklagte wurde hierauf vom Gericht freigesprochen, die Akten werden der Staatskasse anverleibt.

Wieder eine Mordtat, die vor einem Gericht der Republik keine Gnade fand! Der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Drimann hat sich in seinem Plädoyer bemüht, die entscheidende Tat der Zeitfreiwilligen objektiv zu schildern. Jeder unbefangene Mensch hat aus dem Prozeßbericht entnehmen können, daß sich die Zeitfreiwilligen ablos nicht in Notwehr befanden. Ein Geisteskranker, unbewußt, blutig geschlagen, bis zur Bewusstlosigkeit gemißhandelt, stand 10 schwerverletzten Offizieren gegenüber. Es wäre diesen Herren jederzeit möglich gewesen, den Gefangenen mit den Händen zu fassen, sofern er verwehrt haben sollte, sich zu befreien. Tatsache ist aber, daß er diesen Versuch gar nicht unternommen hat. Nur allzuwenig liegt die Vermutung, daß er mit Vorbedacht erschossen worden ist, weil man sich seiner ereignen wollte, weil die Mißhandlungen, denen der Geisteskranker ausgegesetzt war, der Öffentlichkeit nicht bekannt werden sollten.

Die Zeitfreiwilligen sind als Kollinge, als blutdürstige Gewaltmenschen bekannt. Berlin, Westerland, das Ruhrgebiet erwähnen für alle Zeiten der Menschheit, welcher Vermittlung jene Generation fähig ist, die sich den „Edelsten der Ration“ zuzählen möchte. Die Geschworenen haben angesichts der ganzen Sachlage einen großen Fehlgriff gefaßt. Die Zeugen, die über die Ermordung vor Gericht Einzelheiten unter ihrem Eid bekundeten, waren erschüttert, als sie den Spruch der Geschworenen vernahm, der sich würdig jenen Urteilen anreißt, die von den Gerichten seit dem 4. November gegen Würder im Uniform getragenen wurden. Und auch dieser Freispruch wird letzten Endes ermunternd für neue Verbrechen!

Unsturm gegen den Achtstundentag

Selbstentlarung

Die bürgerlichen Parteien sind in den Wahlkampf gezogen mit der stolzen Verkündung, daß auf ihren Listen auch Arbeiter und Angestellte an sicherer Stelle ständen, die zur Vertretung der Interessen dieser Schichten in die gesetzgebenden Körperschaften gewählt werden sollen. Auch im Reichstage gibt es in jeder der bürgerlichen Fraktionen ein oder mehrere Renommierarbeiter. Sie haben aber nichts zu sagen, sie dürfen nur dann das Wort ergreifen, wenn es sich um harmlose, den Interessen des Kapitals nicht gefährliche Gegenstände handelt. Bei der Beratung von sozialen Angelegenheiten, die für Arbeiter und Angestellte von allerhöchstem Interesse sind, da müssen sie schweigen. Die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums, die am Donnerstag im Reichstage fortgesetzt wurde, lieferte den besten Beweis dafür.

Schon am Mittwoch hatte für die Demokraten der Abgeordnete Hild, ein Fabrikleiter aus Würzburg, gesprochen und selbstverständlich in durchaus antisozialen Sinne. Er jammerte über die Fesseln, die das Betriebsrätegesetz der Bewegungsfreiheit der Unternehmer auferlegt, wollte restlos alle Demobilisierungsverordnungen beseitigen und plapperte natürlich gehoramt die Formel von der Unerträglichkeit der direkten Steuern nach. Der demokratische „Arbeiter“vertreter Erlesenz aber mußte schweigen.

Dasselbe Bild wiederholte sich am Donnerstag. Für die Deutschnationalen, die sowohl einen Renommier-Arbeiter als auch Renommier-Angestellte in ihren Reihen haben, sprach der Bergwerksdirektor Leopold. Sie würden es sich nicht anmerken lassen, wenn bei agrarischen Fragen oder Fragen der Industrie ein Arbeiter das Wort nehmen würde. Die Arbeiter und die Angestellten sind in diesen Parteien praktisch ohne jeden Einfluß. Sie dürfen den Versuch unternehmen, Wähler aus ihren Kreisen unter Lug und Trug den Deutschnationalen zuzuführen, sie dürfen aber nichts fürchten.

Leopold hielt eine ausgesprochene Scharfmacherrede. Die „hohen Kosten“ der Sozialpolitik erscheinen ihm unerträglich, selbstverständlich auch die Arbeitslosenunterstützung und vor allem der Achtstundentag. Er ist die Ursache alles Unglücks. Die Löhne müssen herabgesetzt werden, die Forderungen der Industrie auf Preisermäßigung für Kohle und Eisen, die der Agrarier für ausreichende Getreidepreise und andere seine warme Unterstützung. Es paßte zu dem Bild, daß er zum Schluß auch Bestimmungen forderte, nach denen jede Aufforderung zum Streik mit harten Strafen belegt werden solle.

Die wohlverdiente Antwort auf diese Rede ließ sich nicht lange auf sich warten. Genosse Simon unterzog sich dieser dankenswerten Aufgabe mit großem Geschick. Er erklärte unter feierlicher Zustimmung der gesamten Linken, daß die Arbeiter, auch die Christlichen, an dem Achtstundentag nicht züchten lassen. Versuche man das, so könne man sich auf einen Kampf bis zum Weißblut gefaßt machen. Die Arbeiterschaft fordert jetzt endlich Erfüllung der angesagten Reformen. Versprechungen machen sie nicht fahrlässig. Dringend notwendig sei eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, wieweil die Arbeitslosen die Beschaffung von Arbeit viel erwünschter sei. Aber Arbeit schafft ja der Kapitalismus nicht, er strebe nur nach seinem Profit und vergrößere dadurch täglich das Elend und die Not vieler Schichten. Von einem Abbau der Löhne dürfe ebenfalls nicht die Rede sein in einem Augenblick, in dem die Kosten der Lebenshaltung noch dauernd steigen.

Simons Rede, eine treffliche Anklage gegen das aus dem Kapitalismus geborene Elend der Arbeiterklasse, zeigte, von wem die Interessen der Arbeiterklasse wirklich vertreten werden. Die Angestellten und Arbeitervertreter der bürgerlichen Parteien sind nur die Kullissen für die Interessen des Kapitals. Das wiederum einmal an den harten Tatsachen gezeigt zu haben, ist das Ergebnis der augenblicklichen Verhandlungen des Reichstages und hoffentlich auch eine Lehre für diejenigen Angestellten und Arbeiter, die sich heute noch im Schlepptau dieser Parteien befinden.

Sitzungsbericht

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Hüring (Soz.) in einer Privatklage des Obersten der Schutzpolizei Weber in Genach wegen Beleidigung wird nach dem Antrag des Geschäftsausschusses verweigert. Es erfolgt dann die Wahl von 4 Schriftführern durch Stimmzettel. Das Wahlergebnis wird in der nächsten Sitzung mitgeteilt werden.

Es folgt der

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

Präsident Vöbe: Die vorläufige Veranschlagung über die Veranschlagung der Redenzeit ist mit den Ferien abgelaufen. Der Kostenanschlag wird sich morgen mit der Angelegenheit beschäftigen und dem Hause neue Vorschläge unterbreiten. Die Redner werden sich kurz zu fassen haben.

Abg. Leopold (D.N.): Es komme jetzt auf weiteren Ausbau der Arbeitsvermittlung an. In dem Niedergang unserer Produktion trägt die Hauptlast der Achtstundentag. Die Einführung der Achtstundentagsverordnung würde noch größeres wirtschaftliches Elend heraufbeschwören. Bei der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit muß auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse Rücksicht genommen werden. Im allgemeinen hat sich die Arbeitslosigkeit erhöht. Es ist falsch, an den bisherigen niedrigen Löhnen festzuhalten, denn dadurch wird die private Kaufkraft gehemmt. Die Erwerbslosenunterstützung ist teilweise viel zu hoch, richtiger wäre eine Verbesserung der Methoden in der Arbeitsvermittlung. Das endliche Kommen der Schlichtungsordnung begrüßen wir; wilde Streiks müssen endlich unmöglich gemacht werden.

Abg. Ande (Zent.): Die Wirkungen des Achtstundentages dürfen nicht so verallgemeinert werden, wie es der Abg. Leopold tut. Man muß berücksichtigen, daß wir 5 Millionen Männer — sei es durch Tod, sei es durch Verwundung — durch den Krieg verloren haben; man muß die Revolutionsfolgen berücksichtigen, wenn man nach den Gründen der traurigen wirtschaftlichen Lage sucht. Dieser sind die freien Gewerkschaften gewöhnt durch den politischen Streit, der in sie hineingetragen wurde. Bei den Tarifverträgen muß die Qualitätsarbeit bessere Berücksichtigung finden. Die Zeit der rein kapitalistischen Wirtschaft ist vorbei. Die freie Wirtschaft führt zur Ausbeutung, zur Erweiterung der Klassenunterschiede und damit zur sozialen Revolution. Die Arbeitsvermittlung müssen von der bürokratischen Schablone nach Möglichkeit frei bleiben. Die Berechnung über Freimachung von Arbeitsstellen sollte aufgehoben werden, dagegen muß der Schwere der Schwerbeschäftigten bestehen bleiben.

Abg. Moldenhauer (D.N.): Wir wollen die Sozialpolitik nicht unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes auf, sondern fordern von ihr soziale Verantwortung. Für die Umwandlung der Arbeitslosenunterstützung in eine Arbeitslosenversicherung, die später einmal erfolgreich sein muß, ist die Zeit noch nicht gekommen. Die Arbeiterschaft muß zur Einhaltung der Tarifverträge erzogen werden. Wir sind für das Koalitionsrecht, doch das Streikrecht findet seine

Grenzen, wo seine Ausübung die Interessen des Gemeinwohls verletzt.

Präsident Vöbe: Eben läuft aus dem Bureau das Ergebnis der Schriftführerwahl ein. Es sind gewählt: Schmidt-Eichen (Soz.), Ande (Zent.), Graf-Thüringen (D.N.), Diezenteiler (Soz. Sp.).

Gen. Simon (U. S. P.):

Die hohen Summen, über die der Reichsarbeitsminister in seinem Etat für soziale Zwecke verfügt, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Not und das Elend der Sozialrentner und Arbeitslosen eine geradezu katastrophale ist. Wenn die Sozialrentner schon in der Vorkriegszeit bitterster Not angesetzt waren, so hat sich diese Not vervielfacht, da die Erhöhung der Renten vollständig unzureichend seien. Hier müßte unter allen Umständen Abhilfe geschaffen werden. Der Minister hat eine Reihe von Vorschlägen angekündigt. Es wäre an der Zeit, daß wir endlich aus den Ausführungen herausfinden, und die Sache praktisch in Gehalt bekommen. Wir verlangen vor allem ein einheitliches Arbeitsrecht, welches schon längst verprochen aber bis heute noch nicht vorgelegt ist. Die Seemannsordnung wurde schon lange angekündigt, aber auch auf ihrer Vorlegung warten wir immer noch. Dringend notwendig sei der Ausbau der Wochenruhe und Wöchnerinnenfürsorge. In diesem Gebiet gehe ich immer noch zu wenig. Bei der herrschenden Wohnungsnot sei der Ausbau der Wohnraumbereitungen noch mehr geboten als in früheren Jahren. Zu dem Achtstundentag wurde im Verlauf der Diskussion von allen Rednern Stellung genommen. Sämtliche Redner der bürgerlichen Parteien haben sich gegen die Aufrechterhaltung des Achtstundentages erklärt. Auch der Reichswirtschaftsminister hat kürzlich in einer Rede angekündigt, daß mit einer Reihe von Gerangenschaften der Revolution, darunter verstand er jedenfalls den Achtstundentag, angedeutet werden müßte. Wie man angesichts der großen Steigerung der Arbeitslosigkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit das Wort reden kann, sei unverständlich. Praktisch sei allerdings bei einer Reihe von Berufen der Achtstundentag nicht mehr vorhanden. Die Kantarbeiter klagen darüber, daß sie 63 und mehr Stunden wöchentlich arbeiten müssen. Bei einer Einbahn der achtstündigen Arbeitszeit im Ganzbetrieb könnten sehr viele arbeitslose Angestellte untergebracht und die Arbeitslosigkeit verringert werden. Es sei geradezu ungeheuerlich, daß das Reichsarbeitsministerium den Tarifvertrag im Saftgewerbe nicht für rechtsverbindlich erklärt habe, weil in demselben die achtstündige Arbeitszeit festgelegt sei.

Das Arbeitslosenproblem könne am besten durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die Arbeitslosen verzögern gerne auf Unterhütung, wenn sie Arbeit erhalten. Ein Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge sei notwendig, jedoch dürfen dieselben zu keiner Preisgabe an die Industrie und das Gewerbe werden. Die Arbeitslosigkeit sei in fortwährendem Steigen begriffen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen übrigen Ländern. In Deutschland haben wir z. B. 2 Millionen Arbeitslose. In dieser Ziffer prägt sich das ganze Elend unserer privatrechtlichen Produktionsweise aus. Die steigende Zahl der Arbeitslosen ist der Beweis dafür, daß mit kapitalistischen Methoden der Wiederaufbau nicht vorgenommen werden kann. Die ganze Last der wirtschaftlichen Krise wird auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt. Die Unternehmer nutzen die Konjunktur aus, machen Riesengewinne, und bei rückläufiger Konjunktur werden die Arbeiter einfach auf die Straße gesetzt. Eine Arbeitslosenversicherung, bei welcher der Arbeiter selbst die Hauptlast zu tragen haben, lehnen wir ab. Es muß verlangt werden, daß die Opfer der kapitalistischen Produktionsform ausreichend unterstützt werden. Die jetzige Unterhütung ist viel zu gering, sie muß erhöht werden. Die Beistimmung, wonach nach Wöchnerigen Arbeitslosigkeit keine Unterhütungen mehr bezahlt werden, muß beseitigt werden. Von was denkt sich wohl der Herr Minister, daß die Arbeitslosen leben sollen? Arbeit finden sie nicht. Es bleibt ihnen nur übrig, zu verhungern oder den Weg des Verzwehmens zu beschreiten. Im Jahre 1913 starben in Deutschland 620 455 Personen, im Jahre 1918, ohne Kriegsgefallene und Kriegsverletzte, 1 015 660. Das Jahr 1920 wird sicher erheblich höhere Ziffern zu verzeichnen haben. Die Hebung der Volksgesundheit ist das Zentralproblem. Diese kann nur erfolgen durch bessere Ernährung und indem vorliegende Mittel angewendet werden. Krankenkassen und Unfallversicherungen geben jährlich viele Millionen aus, um Kranken und Invaliden zu unterstützen, um die Gesundheit zu erhalten. Hier könnte sehr viel gespart werden, wenn die Arbeiter durch Gewährung von Ferien in der Lage wären, wenigstens auf ein oder zwei Wochen aus dem überbetäubenden Lärm der Betriebe und den Staubgeheimnissen Wertstätten herauszukommen. Zum Teil ist durch Lärmschutz für eine Reihe von Arbeitern Hilfe zu schaffen, wenn häufig auch nur ungenügend, gelöst. Ein großer Teil der Unternehmer weigert sich jedoch, Ferien zu gewähren. Daher haben wir den Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, es möglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen den Arbeitern und Angestellten das Recht auf Urlaub unter Fortzahlung der Löhne und Gehälter gewährt wird. Es darf nicht mehr in das Belieben und in die soziale Einsicht der Unternehmer gestellt werden, ob sie ihren Arbeitern Ferien gewähren oder nicht. Diese Frage muß durch Gesetz geregelt werden. Das Recht auf Ferien darf nicht mehr das Privileg der bestehenden Klasse sein, auch die Arbeiter müssen die Wohlfahrt der Ferien genießen. Durch die Zunahme der Arbeit von weiblichen und jugendlichen Arbeitern in den Betrieben ist die Unfallgefahr außerordentlich gesteigert. Durch die Akkordarbeit, die hier von einem Redner gefordert wurde, wird die Unfallgefahr noch vergrößert. Die Gewerbeaufsicht muß verbessert werden. Aus dem Stande der Arbeiter und Erwerbstätigen müssen noch mehr Kräfte für die Fabrikinspektion herangezogen werden. Ihre Verhältnisse dürfen aber nicht mehr nach dem Gewerkeinspektor beurteilt werden. Die Behauptung, daß der Tarifvertrag nur die Unternehmer hindere, die Arbeiter aber sehr häufig tariflos zu machen, ist doch nicht ganz richtig. Sehr viele wilde Streiks sind darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer sich weigern, eine Erhöhung der Löhne vorzunehmen, daß dann die Arbeiter aus Verzweiflung zum Streik greifen. Wie sehr fehlt es an einer gesetzlichen Regelung des Tarifvertragswesens. Sehr viele Unternehmer weigern sich, abgeschlossene Verträge zu erfüllen. Gewerbe- und amtliche Gerichte weisen es vielfach ab, Urteile gegen solche tarifbrüchige Unternehmer zu fällen. Das Sperrgesetz soll auch auf die Ortskrankenkassenangestellten ausgedehnt werden. Dagegen muß entschiedener Einspruch erhoben werden.

Für die Hebung der Wohnungsnot muß mehr geschehen. Das Mietstenergesetz lehnen wir ab. Wir verlangen die Sozialisierung der Wohnungen und des Wohnungsbauwesens. Nur dadurch kann die Bodenver speculation beseitigt werden. Ein Ausbau des Wohnungsbauwesens geizt werden, muß jeder private Gewinn ausgeschlossen werden. Die Baukosten müssen verbilligt werden. Durch den Zwischenhandel wird Zement um 40-50 Prozent teurer. Ebenso wird der Bau von Wohnungen durch den unmöglichen Gewinn der Unternehmer verteuert. Die soziale Bau- und Baugewerkschaft hat bewiesen, daß Haus, Straßen und Tiefbauten um 20-140 Prozent billiger hergestellt werden können als im Privatunternehmern. Den Vergartern wurde selbst vom Minister Anerkennung für die Ueberstundenleistungen ausgedrückt. Das Ueberstundenabkommen wurde nun gefündigt, weil die Arbeiter bei der Mangelernährung und ihrer gesundheitlichen Schädlichkeit diese Ueberstunden nicht mehr leisten können. Aber noch ein anderer Grund wird von den Vergartern für die Verweigerung der Ueberstunden angeführt. Sie verlangen die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, die ihnen seit 2 Jahren entzogen ist. Nicht kleine Aktien- und Gewinnbeteiligungen, sondern Sozialisierung hinter dieser Forderung stehen nicht nur die Vergartern, sondern auch die übrigen Arbeiter. Alle Mittel, die bisher zur Verringerung des furchtbaren Elends angewendet

wurden, haben uns nicht aus dem Chaos herausführen können, im Gegenteil wird die Not immer größer. Herausführen kann nur die Ausschaltung des privaten Gewinnes, die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsform und die Durchführung der sozialen Produktionsform. (Beifall bei den U.S.)

Abg. Schirmer (Soz. Sp.): Das größte Problem ist Beschaffung von Arbeitsplätzen für die Arbeitslosen und Wohnungsnot für die Wohnungslosen. Leider betreiben die Landwirte jetzt vielfach extensive Wirtschaft, anstatt das Brachland für Siedlungsweide nutzbar zu machen. Der Terror von Arbeitern gegen Arbeiter ist die schlimmste Erscheinung der Gegenwart; auch hier muß erzwungen werden. (Beifall bei den U.S. Sp.)

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr: Anfragen, Weiterberatung, Verkehrsministerium. Schluß 8 Uhr.

Minister Simons im Reichswirtschaftsrat

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen betont Reichsminister Dr. Simon in seiner Einleitungsrede die Einigkeit des ganzen deutschen Volkes in der Ablehnung der Pariser Beschlüsse.

Reichsminister Dr. Simon: Was die Entwaffnungsfrage betrifft, haben wir uns ja militärisch so ziemlich bis aufs Hemd angesetzt. (Sehr richtig!) Mit dem, was uns übrig geblieben ist, können wir mit knapper Not den ruhigen Gang unserer wirtschaftlichen Produktion gewährleisten. (Widerpruch), von einem militärischen Angriff auf fremde Völker kann unter ernsthaften Leuten keine Rede mehr sein. (Beifallige Zustimmung.) Unter dem Deckmantel der militärischen Abrüstung wird eine wirtschaftliche und industrielle Herabdrückung der deutschen Leistungsfähigkeit bezweckt. Ich will mir hinweisen auf die Frage der Dieselmotoren, auf das eigentümliche Verhalten der Preisgabe gewisser militärischer Methoden und Verfahren und Gemischer und anderer deutscher Geschäftsgeheimnisse. Ob sich uns in London Gelegenheit bieten wird, über diese Fragen uns mit den Gegnern verständlich zu unterhalten, ist freilich nicht sicher.

In den Reparationsfragen werden wir unweilhaft einen außerordentlich harten Sturm zu bestehen haben. Wir werden unsere Gegenansprüche lo einrichten müssen, daß wir auf eine Einigung mit unseren Gegnern doch rechnen können. Die Leistung der vorgeschriebenen Annuitäten bis 6 Milliarden Goldmark ist abhängig von dem Ueberfluß unseres Exports. Der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens wird unmöglich gemacht.

Die Welle der Geschäftslage

die sich in Amerika zeigt, wird auch uns erfassen. Wie kann man da glauben, daß Deutschland das alleinige Land sein wird, das eine solche Steigerung seiner industriellen Entwicklung vornehmen kann, um einer Leistung von 6 Milliarden plus 12 Prozent Ausfuhr, die von der Gegenseite auf zwei Milliarden Goldmark geschätzt wird, Herr zu werden? In dieser Zumutung liegt nichts weiter als der Wille, die deutsche Wirtschaft zugunsten der fremden Industrien zu zerrütten. Die Herabdrückung des deutschen Volkes zu einer solchen Fronarbeit verstoßt aber auch gegen die feierlich von den Gegnern und von uns unterzeichneten Verpflichtungen. Im Artikel 23 des Friedensvertrages verpflichteten sich die Vertragsstaaten zu angemessenen Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder. (Hört, hört!) Die größte Sorge unserer Gegner ist die deutsche Konkurrenz. Es liegt hier die alte Quadratur des Kreises vor, mit der sich schon die Pariser Friedenskonferenz abgequält hat. Die Zulassung im Schriftwechsel der Entente bestätigt, daß uns die Erfüllung des Friedensvertrages nicht so weit ruinieren darf, daß unsere Lebens- und Leistungsfähigkeit gefährdet wird. In unserer letzten Sachverständigenkonferenz

vermochte ich eine Einstimmigkeit in den Gegenansprüchen nicht zu erzielen.

Im engeren Kreise des Sachverständigenausschusses jedoch sind wir dahin gekommen, der Reichsregierung in sich tragbarere und für die deutsche Wirtschaft erträgliche Vorschläge machen zu können, die auch die Bedürfnisse der Gegner berücksichtigen und praktisch ausführbar sind. Heute oder morgen wird das Kabinett darüber schlüssig werden; die letzte Sachverständigenkonferenz ist auf Freitag einberufen. Die Gegenansprüche werden wir der Öffentlichkeit unterbreiten, sobald sie unseren Gegnern vorliegen. Der Minister polemisiert dann gegen einen Artikel der „Roten Fahne“ und gegen Angriffe der deutschnationalen Württembergischen Presse. Beide Auffassungen sind falsch und geeignet, die Stellung der deutschen Delegierten in London zu schwächen. (Beifallige Zustimmung.) Der Minister mahnt zur Einigkeit. Das deutsche Volk möge während dieser Zeit jeden Streit und Hader im Innern vermeiden. Vor allem warne ich vor unbedachten politischen Abenteuern, wie sie noch von mancher Seite geübt werden. Es sind Anzeichen dafür, daß eine Ablehnung der Pariser Beschlüsse als Widerpassivität Deutschlands aufgefaßt und zu Sanktionen führen werden. Dazu gehört die Verlängerung der Belagerung, die Nichtaufnahme in den Währungs- und die Errichtung eigener Zollgebiete in den besetzten Rheinprovinzen und weitere Belagerung deutscher Gebiete außerhalb des Rheinlandes. Es ist nicht menschenmöglich, daß ein Volk den ganzen Schaden wieder gutmacht, der 27 anderen Völkern zugefügt ist. (Beifallige Zustimmung.) Man hat dem Friedensvertrag

die Form eines Strafurteils

gegeben, wir haben es unterschrieben. Wir hoffen aber, daß unsere Feinde einmal einsehen werden, daß ihre Voraussetzungen und Forderungen falsch sind und für sie selbst schädlich sind. Die deutsche Regierung ist trotzdem gewillt, den Friedensvertrag in den Grenzen des Möglichen auszuführen.

Wir brauchen eine Zeit des Anstimmens für unsere Wirtschaft, eine Sicherheit dafür, daß uns die Gegner nicht selbst die Möglichkeit zerklüften, ihnen in den Grenzen des Möglichen für ihre Bedürfnisse beihilflich zu sein. Dem Reichswirtschaftsrat werde ich für die Unterstützung der Regierung von Herzen dankbar sein. (Beifallige Zustimmung.)

von Simons: Unsere Arbeiter müssen jetzt schon ein Drittel ihrer Arbeitskraft für die Bekämpfung der Schulden des Staates aufwenden. Werden die Pariser Beschlüsse verwirklicht, dann müssen sie 42 Jahre hindurch 3 Stunden länger arbeiten; das ist nach physischen und kognitiven Umständen unmöglich. Man will uns unmögliche Forderungen stellen, um uns den Beweis unseres guten Willens unmöglich zu machen. (Beifallige Zustimmung.) Wir haben den Krieg verloren und als Belegte die Kriegsschulden zu tragen, es muß uns aber die Möglichkeit gelassen werden, durch Arbeit und Entbehrungen die uns auferlegten Lasten abzutragen, damit wenigstens unsere Kinder unter glücklicheren Verhältnissen leben können. (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Wisse (Arbeitnehmervertreter): Utopisch ist die Hoffnung, daß ein einiges Land die Welt wieder ins Gleichgewicht bringen, die Schäden reparieren könnte, die ein Krieg von solchem Ausmaß den beteiligten Ländern zugefügt hat. Was die Pariser Beschlüsse von uns fordern, hätte nicht einmal das Deutschland der Vorkriegszeit erfüllen können. Von unseren Verräten besetzen wir am Ende des Krieges nichts als einen heißen Keil. Was wir an Rohstoffen hatten, ist zum Teil noch nicht bezahlt. Die angelegten unserer außerordentlich geschwächten Leistungsfähigkeit das gefordert werden kann, was gefordert wird, ist unverständlich. Die deutsche Arbeiterschaft hat stets anerkannt, daß Deutschland nach besten Kräften bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit wieder gutmachen muß, was Deutschland verschuldet hat. Aber sie ist auch ebenso fest entschlossen, sich nicht für ein Menschenleben und länger in ein Sklavenleben hineinzutreiben zu lassen. Wenn man die Erfüllung der Forderungen durch Mittel der brutalen Gewalt sollte erzwingen wollen, dann erkauft es uns sehr zweifelhaft, ob wir noch weiter an dem internationalen Arbeitsamt teilnehmen sollen. Wenn wir die Leistungen erfüllen sollen, welche Folge würde dann eine Verlängerung der Arbeitszeit bei uns auch für die Arbeiterschaft der anderen Länder haben? Die dadurch ermöglichte Verbilligung der

Produktion würde verlangen, daß in diesen Ländern die Arbeiter genau so lange arbeiten, wie die Deutschen. Die ganze Welt muß bereit sein, die Schäden des Krieges wieder gutzumachen, wobei Deutschland — darüber sind wir uns klar — einen schweren Teil zu tragen hätte. Wir haben uns wiederholt erboten, unsere überflüssigen Arbeitskräfte für den Wiederaufbau Frankreich zur Verfügung zu stellen. Aber alle diese Angebote sind bisher nicht angenommen worden.

Nach weiterer kurzer Aussprache wurde die Entschließung des Reichswirtschaftsrats gegen die Pariser Beschlüsse einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Steuerfreiheit des Existenzminimums, Änderung des Einkommensteuergesetzes und kleinere Vorlagen.

Der Ausnahmeprozess in Kassel

Kassel, 24. Februar.

In der heutigen Verhandlung wurde in der Vernehmung Klinkmüllers fortgefahren. Nach Besprechung einiger beschlagnahmter Führerlisten, Bataillonseinteilungslisten der verschiedenen Bezirke, gelangt auch eine namentliche Liste von Personen zur Verlesung, die bei einer Aktion verhaftet werden sollten. U. a. befinden sich auf der Liste die Staatsanwälte, Untersuchungsrichter, der Vorsitzende Landgerichtsdirektor und einige Zeugen aus einem Kommunistenprozess, der in der letzten Zeit im Rheinlande verhandelt wurde. Der Angeklagte Klinkmüller bestreitet, mit dieser Auffstellung etwas zu tun zu haben. Den Kommunisten komme es auf die Befreiung des Systems, nicht der Personen an. Dann gelangt ein längeres Schriftstück zur Verlesung, das Richtlinien des Westfälischen Freiwilligenkorps Lichtschlag vom 28. Juni 1919 darstellt, und

Gegenmaßnahmen gegen eine drohende zweite Revolution

betrifft. U. a. wird darin von dem notwendigen Selbstschutz in der Bürgerchaft, sowie von der Aufstellung von Zeitfreiwilligenformationen gesprochen. Das Schriftstück ist von Hauptmann Lichtschlag unterzeichnet. Rechtsanwalt Wolff: Aus diesem Dokument ergibt sich also, daß schon im Jahre 1919 von rechts solche Pläne ausgeheckt worden sind, obwohl es damals in Deutschland vollkommen ruhig war. Staatsanw. Dr. Meyer: Im Gegenteil. Damals drohte ja gerade die zweite Revolution. Rechtsanwalt Dr. Wolff: Vielleicht im Kopfe des Herrn Staatsanwalts? Barl.: Aber Herr Verteidiger, damals waren ja gerade hier in Kassel auch diese Blünderungen, bei denen Millionenwerte vernichtet wurden. Das nächste Schriftstück, das verlesen wird, ist ein Befehl der Reichswehrbrigade 31 in Münster vom April 1920. Er enthält Maßnahmen zur Bekämpfung innerer Unruhen und erwähnt u. a., daß, falls die Entente für später die Bildung von Zeitfreiwilligenformationen gestatten sollte, dabei diese Richtlinien zur Anwendung kommen sollten. Das Dokument ist unterzeichnet: Campe, Generalmajor, Rechtsanwalt Wolff: Ich bitte Herrn Generalmajor Campe als Zeugen dafür zu laden, daß er solche Organisationen noch heute aufrecht erhält. Staatsanw. Dr. Meyer bittet den Antrag abzulehnen, da er völlig aus der Luft gegriffen und unsinnig sei. Rechtsanwalt Wolff (sehr erregt): Ich bitte das Gericht mich gegen solche Angriffe des Herrn Staatsanwalts in Schutz zu nehmen, sonst lege ich meine Verteidigung nieder. Ich habe hier Bände von Material über die Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren. Diese Verbände sind noch nicht aufgelöst und das kann uns nur Generalmajor Campe selbst erzählen. Das, was der Staatsanwalt in diesem Prozeß bisher vorgebracht hat, ist Unsinn. Barl.: Herr Rechtsanwalt, ich habe auch zu Beginn des Prozesses nicht eingegriffen, als Sie von der „nationalen Rote des Staatsanwalts“, sowie davon sprachen, daß ihm kein politisches Lebenslichtlein bald ausgeht würde. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn der Staatsanwalt auch mal erregt wird. Ich bitte jetzt aber alles Erregte zu unterlassen. Wir wollen hier rein sachlich verhandeln.

Die nächsten Schriftstücke enthalten ebenfalls Befehle der Reichswehrbrigade 31 über die Verwendung der Truppen bei Unruhen. Der Angeklagte Klinkmüller gibt an, daß die es Material in einer Kaserne in Düsseldorf gefunden worden sei, während ein beifolgender Oberleutnant behauptet, daß die es Papier nur durch schweren Vertrauensbruch in die Hände Klinkmüllers gelangt sein könne.

Der Vorsitzende verliest darauf folgenden Befehl der M. D. L.: „Durch den zentralen Zusammenschluß aller Organisationen über das Reich und ihre Unterstellung unter die Zentrale Berlin, sieht sich die M. D. L. veranlaßt, folgende strenge Maßnahmen zu ergreifen: u. a. heißt es hier: „Zur Erreichung unserer Ziele ist die Anwendung aller Mittel erforderlich. Die strenge disziplinarische Gliederung der Organisation ist notwendig. Unsere Mitglieder sind durch Handschlag zu verpflichten, der nicht zu lösen ist. Verräter werden nach revolutionären Grundsätzen bestraft. Kein Verräter wird seinem Schicksal entgehen, auch wenn es ihn noch so spät erreicht. Den Anordnungen der Führer ist unbedingt Folge zu leisten. Die Zeitung Düsseldorf stellt die Hauptleitung für das Rheinland dar. Sie untersteht der Zentrale Berlin. Jedes Mitglied ist auf die unbedingte Schweigepflicht über dienstliche Angelegenheiten hinzuweisen. Weder bei der Arbeit noch auch zu den vertrautesten Freunden darf über den Dienst gesprochen werden. Ganz besonders gilt diese Schweigepflicht auch bei Verhaftungen von Genossen. Alle Waffen sind sorgfältigst aufzubewahren. Abgabe von Waffen ist Verbot. Desgleichen ihre leichsinnige Aufbewahrung. Kleinere Vergehen werden mit Geldstrafen belegt. Verrat kann nur mit dem Tode bestraft werden.“ Klinkmüller bezieht sich auf diesen Befehl als Spitzarbeit.

Rechtsanwalt Dr. Wolff: „Ich bitte die Akten des Reichsgerichts gegen Thomas, Jung und Gen. herauszugeben, aus denen hervorgeht, daß auf Grund gefälschter Berichte einer Elberfelder Spitzelzentrale auch die Putzhe von Belber und Köthen hervorgerufen worden sind.“

Nach der Mittagspause beantragte Rechtsanwalt Dr. Wolff, den Angeklagten Klinkmüller über den bei der Beschlagnahme seiner Papiere verschwundenen angeblichen

Aufmarschplan der Orgesch gegen Frankreich

zu vernehmen. Klinkmüller erklärt hierzu, er müsse dann den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen, da durch seine Aussagen eventuell die Interessen des Reiches geschädigt würden. Er als Kommunist sei genau so ein Feind des Ententeimilitarismus wie des deutschen Militarismus. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit abzulehnen. Würde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, so erklärte der Vorsitzende Dr. Hartmann, so würde das Gericht über angebliches Orgesch-Material gegen Frankreich nur neuen Boden gewinnen. Daraus würde dem Ansehen Deutschlands der Entente gegenüber ein erheblicher Schaden erwachsen. Das Gericht sei der festen Überzeugung, daß an dem ganzen Gerücht überhaupt nichts Wahres sei. Klinkmüller schildert dann den Inhalt des angeblichen „Aufmarschplanes gegen Frankreich“. Das Dokument, so behauptet er, sei mit einem Stempel des Wehrkreiskommandos 3 versehen und handschriftlich abgefaßt gewesen. Es datiere vom November 1920. Er habe es von einem Mitglied der Spitzelzentrale in Münster erhalten. Das Dokument sei als streng geheim bezeichnet gewesen. Auf der zweiten Seite habe es verschiedene Angaben über eine in Münster stattgefundene Besprechung des Generals v. Watter mit dem Korstraf-Escherich und einer Anzahl von Reichswehroffizieren enthalten. Diese Sitzung habe folgenden Beschluß zum Ergebnis gehabt: Die Forderungen der Entente dürften unter keinen Umständen bewilligt werden. Man müsse endlich hart sein und nein sagen. Die Folge wäre natürlich ein neuer Krieg mit Frankreich. Ueber den Aufmarsch von Reichswehr und Orgesch seien dann noch ins einzelne gehende strategische Aufzeichnungen in dem Original enthalten gewesen, deren sich Klinkmüller nicht genau entsinnen kann. Er will nur noch wissen, daß die Korps „Lichtschlag“, „Schwarz“ und „Vielser“ an der Aktion gegen Frankreich teilgenommen hätten. Man habe in dem Dokument damit gerech-

net, daß die Entente im Ernstfall das Befehle Gebiete räumen würde und dann der erste Zusammenstoß in den Vogesen erfolgen würde. — Vorsitzender: Haben Sie als intelligenter Mensch denn wirklich geglaubt, daß die deutsche Reichswehr in Verbindung mit der Orgesch gegen ein gewaltiges Millionenheer Frankreich und seiner Verbündeten einen neuen Feldzug führen könnte. — Angeklagter: Nach meiner Ansicht kam es den Reaktionsären gar nicht darauf an, bei dieser Sache die Verantwortung zu lassen. In dem Material war auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Mehrheitssozialisten und ein Teil der Linksradianten, die sogenannten „Nationalbolshewisten“, auf diese Idee eingegangen würden. — Auf die Frage eines Beifolgers, warum er das Material nicht anfänglich seiner Reise nach Berlin dort unterbreitet habe, um es auf seine Echtheit zu prüfen und dann verwenden zu lassen, erklärte der Angeklagte, er habe es erst genau durchstudieren müssen. Auf den Vorhalt eines anderen Beifolgers, daß das Wehrkreiskommando II gar nicht in Münster, sondern in Stettin sei und daß General Watter damals gar nicht mehr Befehlshaber in Münster war, gibt der Angeklagte keine Antwort. Der Vorsitzende sagt dann seine Ansicht über das angebliche Orgesch-Material dahin zusammen, daß es lediglich dazu dienen sollte, den guten Glauben der Angeklagten an die Notwendigkeit einer Gegenorganisation gegen die reaktionäre Bewegung zu beweisen. Staatsanwalt Dr. Meyer: Ich habe mich andauernd bemüht, festzustellen, wobei das in der Linkspresse veröffentlichte Material gegen die Orgesch herkommt. Ich habe 20 Redakteure darüber vernommen. Kein einziger hat mir die richtige Auskunft gegeben. Das ist der Krebsbissen in unserer Volks, daß niemand Farbe bekennen will. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Wir haben uns vorgenommen, diese Veröffentlichungen in unserer Presse zu bringen, da die Staatsanwaltschaft nicht mit einer Anklage gegen die Dracks vorgegangen ist. — Damit war die Vernehmung Klinkmüllers beendet.

Es wurde Johann der Angeklagte Käster, der Erwerbseinstat in Elberfeld ist, vernommen, der aber nach kurzer Vernehmung aus der Haft entlassen wurde. Auf die Anregung des Verteidigers Dr. Wolff, auch eine eventuelle Haftentlassung der übrigen Angeklagten zu erwägen, erklärt der Vorsitzende, daß die Verhandlung sich jetzt sehr schnell ihrem Ende nähern würde, so daß möglicherweise Anfang nächster Woche das Urteil zu erwarten sei. Rechtsanwalt Dr. Wolff erklärt hierzu, daß er unbedingt auf der Vernehmung Dr. Paul von Frankfort bestehen müsse, weil ja die Staatsanwaltschaft immer noch an einem Zusammenhang zwischen der R. K. D. und dieser Organisation festhalte. Voraussichtlich wird Dr. Levi am kommenden Montag gehört werden. Dann wird die Verhandlung auf Freitag morgen vertagt.

Die Wohnungsnot in Sachsen. Der Hauptausschuß des sächsischen Landtages behandelte auf Grund des Reichsgesetzes vom 12. Februar 1921 die Frage der Behebung der Wohnungsnot. Das Reich verpflichtet die Länder, auf den Kopf der Bevölkerung 30 W. Zuschuß zur Förderung von Wohnungsbauten zur Verfügung zu stellen. Das würde für Sachsen einhundertvierzig Millionen ergeben, wofür etwa 1750 Wohnungen bezuschußt werden könnten. Es fehlen aber bedeutend mehr Wohnungen, so daß nochmals der doppelte Betrag, also etwa zweihundert Millionen Mark, bereitgestellt sind.

Geschäftliches

In den Kriegerwerken hier, einleines Verkaufsstelle in der Chaussee 1348, sind nunmehr die Schaltungen der neuen Kriegerwerke fertig gestellt worden. Die Wohnfertigung erfolgt in fünfteiliger Reihenfolge; das fertige Kriegerwerk enthält in den eigenen Kriegerwerken noch neuen Wohnstellen. Die Preise sind sehr billig.

Auf das heutige Jahrest der Geschäftsreise nach, Münzstraße 19, werden unsere Briefe aufmerksam gemacht.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kahlert, Berlin. Verantwortlich für den Verlagsenteil: Ludwig Kometzner, Karlsruhe. — Verlags-gesellschaft: „Freiheit“ o. G. m. b. H., Berlin. — Druck bei „Freiheit“, Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

C. Weisser Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen
Jetzt Brunnenstr. 191, I. Etage, Altes Krankenhaus Pl.
behandelt alle Geschlechtsleiden bei Männern, Frauen, schon 1. mal ohne Operation u. ohne Berührung durch neue schmerzlose Radikalkur :: Teilzahlung
Untersuchung u. Auskunfts kostenlos
Sprechstunden 10-12 u. 4-7, Sonntag 10-12

In 1 Stunde befechtigen Sie unter Garantie jede
Läuse-Plage

nach Methode L. West (Kriegs) bei Misch-, u. jeb. Tier m. m. auf, gefch. Mittel Schälde A. in 3 Minuten für eine, zwei und vier Personen.

— Für Haut und Haar unschädlich —

Santa Lucia
Furiger
Sägewala
Depot: Bergstr. 34, Nord. 4088
Warn, Reichensberger Str. 7, verleiht Fernanbragen.

Keine Frau sollte veräumen, ausstehenden Professe über kognitiven Arbeit, kognitiven ergebnissen. Auf Wunsch, jedermannige Frau G. Koopmann, Berlin 218, Straße 104.

Möbel
begünstigte Zahlungsweise
GREBLER
Weinbergstraße 4

Rekonvaleszenten
Diätarm und Kranke trinken
Santa Lucia

Enthaarung!
Gleichzeitige u. alle möglichen Körperhaare vernichtet, fol. schmerzlos u. schmerzlos, Depilator durch Schließen der Poren, schmerzlos u. für immer, Garantie, unschädlich, 30. 10. —, Preis 10. —, Otto Reibel, Berlin 46, Invalidenstr. 4.

Alle, bekannte Möbelfabrik,
bietet neuzeitlichste Enten unter der Bedingung gegenseitiger Disposition
komplette Wohnungseinrichtungen
zu günstigen Zahlungsbedingungen
Cherren Str. V. 70 a, Upp. b. „Freiheit“, Berlin C 2

Wie vor dem Kriege
stellen wir wieder unser „Urban“ aus **Terpentinöl** und erstklassigen **Edelwachsen** her und bringen diese ganz hervorragende Qualität unter der Bezeichnung **Urban-Terpentinölware** in Dosen mit Banderole in den Handel.
Dieser Friedens-Qualität ist in allen Geschäften zu haben. Fabrik Urban u. Lemm, Charlottenburg.

Zur bevorstehenden Einschätzung zur Reichseinkommensteuer muß jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende haben
Das Reichseinkommensteuergesetz
Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager
Preis 4.— Mark
Die knappe, übersichtliche und allgemeiner verständliche Darstellung wird jedem Steuerpflichtigen reifliche Aufklärung über die wichtigsten Steuerfragen verschaffen, wie die Abzüge vom Einkommen, den steuerfreien Teil des Einkommens, die Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, den Steuerabzug usw.
Zu beziehen durch die **Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9**
Auch durch alle Filialen der „Freiheit“

Cognac
Deutscher Weinbrand 1/4 Fl. 46.50
Weinbrand-Verschnitt 1/4 Fl. 43.—
Flaschenpreis M. 1.— extra. — Versand auch in Ball. u. Flas.
Schwersüßer, stärkende Malaga 1/4 Fl. 25.— inkl.
Echt. Xeres-Sherry 1/4 Fl. 25.—, Zwölftelabnahme Fl. 25 inkl.
Für Wiederverkäufer besondere Preise.
J.F. Rauch Chaussee 134, Berlin C 2, Potsdamer Str. 34, Badische Str. 4, Invalidenstr. 114 a, T. K. 67, Weinböhler, Friedrichstr. 11
Gr. Frankfurter 112, Sedan, Altona 178, Brunsbüttel 174, Köln 177.

Botenfrauen
/oroan/ fert), welche schon aufgetreten haben, stellt für Marschall, Weidenbacher Str., Kaiser-Telef.-Bü., Esselstr., ein **Expedition Krüger / Neukölln** Emser Straße 82
Dringend! Gute Preise. Dringend!
Kupfer / Rotguß / Messing
Quecksilber
Zinn / Weißlager
Schulzendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6
Swinemünder Str. 109

Mieter
! Wahret Eure Rechte !
Ein praktischer, unentbehrlicher Wegweiser zum Schutz der Mieter gegenüber dem Hausbesitzer ist **„Der Mieterschutz“**
Ausführliche Erläuterung der Mieterschutzgesetzgebung von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Boehnlein
Preis 4.— Mark
In 6 Monaten über 90 000 Exemplare vertrieben
BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“ : BERLIN C 2
sowie in allen „Freiheit“-Speditionen